

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis Mt. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Greindtner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Zeitspalte ober deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung.

II.

Trotz der günstigen Erfahrungen, die in sehr vielen Fällen mit der Verkürzung der Arbeitszeit gemacht wurden, gibt es noch eine große Menge von Unternehmern, die sich entschieden weigern, einer Arbeitszeitverkürzung in ihrem Betriebe zuzustimmen und nur durch die Gewalt der Arbeiterorganisationen gezwungen werden können, ihren Widerstand aufzugeben. Gewöhnlich wird gegen das Verlangen einer Arbeitszeitverkürzung eingewendet, daß es unmöglich sei, die notwendige Arbeitsmenge in der kürzeren Zeit fertigzustellen. Diesem Einwand ist aber eine besondere Bedeutung nicht beizumessen. Noch stets hat es sich gezeigt, daß nach einer Arbeitszeitverkürzung die Intensität der Arbeit so zunahm, daß die frühere Leistung sogar nicht nur erreicht, sondern in manchen Fällen sogar noch überholt wurde. Es sind in dieser Beziehung an verschiedenen Stellen ganz exakte Versuche unternommen worden, insbesondere vom Prof. Abbe in den Zellwerkstätten in Jena, die stets das gleiche Resultat ergeben haben. Aber selbst dann, wenn hier oder da die Leistung nicht in dem erwarteten Maße steigen sollte, wäre das kein Grund, auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu verzichten. In diesem Falle würde die Verkürzung der Arbeitszeit den Erfolg haben, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Auf dieses letztere Moment haben wir früher bei der Forderung der Arbeitszeitverkürzung großes Gewicht gelegt. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, daß es ein Irrtum ist, zu erwarten, daß durch die Arbeitszeitverkürzung eine bedeutende Verringerung der Arbeitslosenziffer herbeigeführt werden kann.

Zu den meisten Fällen ist es pure Nechthaberei, welche die Unternehmer veranlaßt, sich den Forderungen der Arbeiter entgegenzusetzen. Ihnen spukt noch zu sehr die Idee des Herrn im Hause im Kopfe. Sie meinen eine Arbeitszeitverkürzung schon deshalb ablehnen zu müssen, weil sie der „sozialdemokratischen“ Forderung des Achtstundentages keine Konzession machen wollen. Nun ist es zwar richtig, daß die Sozialdemokraten den Achtstundentag fordern und seine etappenweise Einführung erstreben. Aber diese Forderung ist nicht sozialdemokratischen Ursprungs, sie ist von den größten Denkern ihrer Zeit schon von Jahrhunderten erhoben worden, lange bevor es eine Sozialdemokratie gab.

Manche Unternehmer hängen ihrer Abneigung gegen die Arbeitszeitverkürzung ein moralisches Mäntelchen um. Sie sagen, die Arbeiter müßten mit der gewonnenen freien Zeit nichts anzufangen; sie würden nur länger im Wirtshaus sitzen. Diese Rücksichtnahme auf die moralische Wohlfahrt der Arbeiter ist sehr rührend, aber gänzlich unbegründet. Überall dort, wo eine durchgreifende Arbeitszeitverkürzung eingetreten ist, hat der Besuch der Schankstätten nachgelassen. Das ist auch kein Wunder. Wer genügend freie Zeit hat, weiß diese besser zu verwerten als mit Wirtshausgängen. Gerade die lange Arbeitszeit, verbunden mit niedrigen Löhnen und ungünstigen Wohnungsverhältnissen, begünstigt den Alkoholismus. Arbeiter, die in so elenden Verhältnissen leben, suchen und finden am leichtesten Trost im Alkohol, während durch die vermehrte Freizeit das Bedürfnis und das Verständnis für höhere Genüsse geweckt wird. — Es gibt, so viele Scheingründe auch sonst noch ins Feld geführt werden mögen, keinen wirklich stichhaltigen Grund gegen die Arbeitszeitverkürzung.

Um so triftiger sind die Gründe, welche für die Verkürzung der Arbeitszeit sprechen. In erster Linie fordern wir einen möglichst kurz bemessenen Arbeitstag im Interesse unserer Gesundheit. Auch in den angeblich gesündesten Berufen ist die Arbeit mit mancherlei unheimlichen Gesundheitschädigungen verbunden. Selbst dort, wo nicht direkt mit giftigen Stoffen hantiert wird, ist der Arbeiter gezwungen, einen mehr oder weniger schädlichen Staub einzuatmen. Das ist auch in solchen Betrieben nicht zu vermeiden, wo gute Entstaubungsanlagen vorhanden sind, geschweige denn in der Mehrzahl der Betriebe, wo die hygienischen Maßnahmen nur mangelhaft sind oder auch ganz fehlen. Die Schwindsucht heißt nicht mit Unrecht die Proletariatskrankheit; unter der arbeitenden Bevölkerung findet sie die Mehrzahl ihrer Opfer. Kurze Arbeitszeit, die die Möglichkeit zur ausreichenden Bewegung in freier Luft gewährt, ist das beste Vorbeugungsmittel gegen die Tuberkulose. Mit dem gleichen

Mittel lassen sich auch die Schädigungen bekämpfen, welche durch die einseitige Inanspruchnahme gewisser Muskeln beim Arbeitsprozeß entstehen. Je kürzer die Arbeitszeit, desto besser der Stand der Volksgesundheit und desto geringer die Kosten für die Selbstbehandlung.

Wir fordern die Arbeitszeitverkürzung, weil wir das Bedürfnis haben, als Menschen zu leben. Wir arbeiten, um uns die Mittel für den Lebensunterhalt zu erwerben. Unser Lebenszweck ist aber mit der Stillung der dringendsten Bedürfnisse für Nahrung, Kleidung und Wohnung nicht erschöpft, wir haben auch ein Recht auf Erholung. Wir brauchen freie Zeit, die der einzelne nach seinem Belieben ausfüllen kann. Der eine hat das Bedürfnis, sich geistig fortzubilden, der andere legt Wert auf Körperkultur und widmet sich diesem oder jenem Sport. Ein Dritter findet, nachdem er tagsüber in der Werkstatt gestanden hat, abends Erholung bei der Gartenarbeit. So hat wohl schließlich jeder eine Liebhaberei, der er sich aber nur dann widmen kann, wenn die Berufsarbeit nicht ins ungemessene ausgezehrt wird.

Nicht zu vergessen ist die Notwendigkeit einer kurzen Arbeitszeit im Hinblick auf das Familienleben. Der Arbeiter, der morgens früh fortgeht und abends nach getaner Arbeit müde ins Bett sinkt, lernt ja seine Familienangehörigen kaum kennen. Muß dazu noch, wie das ja nur zu häufig der Fall ist, die Mutter tagsüber dem Erwerb nachgehen, dann ist es kein Wunder, wenn die sich selbst überlassenen Kinder verwahrlosten. Was nützt das Jammern der Moralisten über den mangelnden Familiensinn, über die Verwahrlosung der Arbeiterjugend, wenn dem Familienvater nicht die Möglichkeit gegeben ist, sich der Erziehung seiner Kinder zu widmen.

Nicht als unwichtigster Grund für das Streben nach Arbeitszeitverkürzung kommt die Eigenschaft des Arbeiters als Staatsbürger in Betracht. Das Gesetz gibt ihm das Recht, sich an den Wahlen zum Reichstag, zum Landtag, zu der Gemeindeverwaltung zu beteiligen. Die Ausübung dieses Rechtes hat aber zur Voraussetzung, daß man sich fortlaufend über die Tätigkeit dieser Körperschaften unterrichtet. Die Politik übt einen weitreichenden Einfluß auf die Lebenshaltung, auf das Wohlergehen der Arbeiterschaft aus, jeder einzelne muß deshalb bestrebt sein, seinerseits die politische Entwicklung zu beeinflussen. Der Wunsch der Scharfmacher geht allerdings dahin, den Arbeiter nur zum Objekt der Gesetzgebung zu machen, aber gerade dagegen müssen wir uns wehren, wir müssen die einmal errungenen Rechte hartnäckig verteidigen und bemüht sein, uns weitere Rechte dazu zu erobern. Der Kampf um die volle politische Gleichberechtigung zwingt uns, auf eine Verkürzung der Arbeitszeit bedacht zu sein, damit wir die Zeit und die nötige geistige Frische gewinnen, die notwendig ist, diesen Kampf zu führen.

Im engeren Zusammenhang damit steht der gewerkschaftliche Kampf. Jeder Arbeiter hat im eigenen Interesse und im Interesse seiner Familie die Pflicht, eine Verbesserung seiner materiellen Lage anzustreben, er muß Mitglied seiner Gewerkschaft sein. Es ist ein Beweis unehrenhafter Gesinnung, wenn man die Pflichten genießt, die der Arbeit anderer entspringen sind und sich selbst von der Beteiligung an dieser Arbeit fernhält. Die Arbeiter des gleichen Berufes müssen die Kollegialität pflegen, nur durch einiges Zusammenwirken können sie Erfolge erringen. Es ist ganz natürlich, daß dort, wo die Arbeitszeit besonders lang ist, die Organisation schwer Boden findet und die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen am mangelhaftesten sind. Zwischen allen diesen ungünstigen Momenten besteht eine rege Wechselwirkung. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist die Voraussetzung für eine Besserung. Wenn hier Bescheide gelegt ist, dann ist auch die Möglichkeit gegeben, die anderen Mängel zu beseitigen.

Die Unternehmer werden freilich die meisten unserer Gründe für die Arbeitszeitverkürzung nicht anerkennen, und die letztgenannten am allerwenigsten. Wir dürfen nicht erwarten, daß sie uns freiwillig entgegenkommen. Es ist noch immer so gewesen, daß wir uns unsere Rechte erkämpfen müssen. Erfreulicherweise wächst aber das Verständnis für die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und in je stärkerer Maße die Arbeiter den Gewerkschaften zufließen, um so erfolgreicher kann der Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit geführt werden. Es fehlt leider an einer Statistik, welche die Erfolge des Kampfes um die Arbeitszeitverkürzung für die gesamte Industrie darstellt. Aber aus den Veröffentlichungen der Gewerkschaften über die Erfolge bei ihren Kämpfen,

sowie aus den von vielen Organisationen vorgenommenen Berufsstatistiken ist zu ersehen, daß besonders in den letzten Jahrzehnten, seit dem Erstarken der Gewerkschaften, auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung großartige Erfolge erzielt wurden. Die langen Arbeitszeiten verschwanden allmählich. Ja, der so arg verpönte Achtstundentag hat schon lange aufgehört eine Utopie zu sein. Nach der vom kaiserlichen Statistischen Amt aufgenommenen Statistik über die Tarifverträge war von den im Jahre 1909 abgeschlossenen Tarifverträgen in 81 Fällen für 12 870 Personen im Sommer und in 91 Fällen für 15 064 Personen im Winter der Achtstundentag vorgeesehen, und für 629 bezw. 45 000 Personen war die Arbeitszeit auf weniger als 8 Stunden täglich festgesetzt. Selbst wenn man die kürzere Arbeitszeit im Winter, die hauptsächlich für das Baugewerbe in Betracht kommt, unberücksichtigt läßt, muß man zugeben, daß dank der Gewerkschaftsarbeit der Achtstundentag marschiert.

## Die deutsche Berufs- und Gewerbe-zählung 1907 und die Holzindustrie.

VII.

Die Gewerbe-zählung, mit der die Berufszählung vom 12. Juni 1907 verbunden war, ist die dritte seit Begründung des Deutschen Reiches; die beiden vorhergehenden fanden 1882 und 1895 statt. Gezählt wurden alle Betriebe in Handwerk, Industrie und Bergbau, Handel, Verkehr, Gast- und Schankwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei und Schaustellungs-gewerbe. Unberücksichtigt blieben der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbetrieb, das Fernsprechwesen, das Ärzte- und Anwaltswesen, Wissenschaft und Unterricht. Für die Land- und Forstwirtschaft fand eine besondere landwirtschaftliche Betriebszählung statt. Die Zählung wurde derart aufgenommen, daß für jeden Betrieb bis zu 3 Personen ein Gewerbebogen ausgefüllt wurde. Festgestellt wurde die Zahl der Haupt- und Nebenbetriebe und der darin beschäftigten Personen, Sitz, Berufs- und Größenklasse der Betriebe, Verteilung der Personen nach ihrer Berufsstellung, nach Geschlecht und Alter, der Umfang der Hausgewerbe, der öffentlichen Verkaufsstellen und der Benutzung von Kraft- und Arbeitsmaschinen, sowie motorischen Kräften, ferner die verschiedenen Formen von Unternehmungen und die Verteilung von Haupt- und Zweiggeschäften. Als Nebenbetriebe gelten nur Betriebe, für die keine einzige Person besonders tätig ist. Innungen, Kranken- und Sterbefassen, Berufsgenossenschaften und Sparkassen gelten nicht als Gewerbe, sondern als öffentliche Betriebe; auch geistliche Kranken- und Pflegeanstalten sind nicht als Gewerbebetrieb aufgeföhrt. Während Ärzte und Rechtsanwölfe von der Zählung frei blieben, mußten Künstler und Kunstmalere ein Gewerbeformular ausfüllen. Herrschaftliche Gärtnereien wurden als Gewerbebetrieb erachtet. Landwirte, die neben selbstgezeugenen Produkten auch hinzugekaufte verkauften (z. B. Milch usw.), mußten neben dem Landwirtschafts-bogen einen Gewerbebogen ausfüllen. Als Betriebsort galt der Ort, wo der Unternehmer die geschäftliche Leitung des Betriebes hat, auch wenn die Werkstatt oder Fabrik in einer anderen Gemeinde liegt oder die Arbeiter außerhalb beschäftigt werden (z. B. Bauarbeiter). Bei Gemeindebetrieben ist nicht die Gemeinde als Betriebsleiter gezählt, sondern der leitende Beamte oder Dezernent des Betriebes. Das Fuhrwesen von Privatbetrieben ist nicht dem Verkehrs-wesen zugerechnet, sondern als Teilbetrieb des Hauptbetriebes gezählt; nur wo es selbständig organisiert ist, wurde dafür die Ausfüllung eines besonderen Gewerbe-bogens verlangt. Beim Personal sind Gewerbegehilfen von Handelsbetrieben (z. B. Schneider in Konfektionsgeschäften, Tischler in Möbelgeschäften ohne Eigenproduktion) dem Handelsgewerbe zugerechnet. Bei Aufnahme der elementaren Betriebskräfte ist Elektrizität, die lediglich zu Beleuchtungs-zwecken entnommen ist, unberücksichtigt geblieben. Als offene Verkaufsstellen gelten nicht bloß Läden, sondern auch Verkaufstände, nicht aber Automaten. Bei Zweiggeschäften kommen ausländische überhaupt nicht in Betracht, Vertretungen und Agenturen nur dann, wenn sie vom Haupt-geschäft selbst eingerichtet sind. Bei ausländischen Haupt-geschäften ist das bedeutendste inländische Zweiggeschäft als Hauptgeschäft gezählt.

Nach diesen technischen Erläuterungen seien zunächst die hauptsächlichsten allgemeinen Ergebnisse der Gewerbe-zählung von 1907 im Vergleich zu 1895 wiedergegeben. Die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung können hier unberücksichtigt bleiben. Es betrug die Zahl der Gewerbe-

Betriebe (Haupt- und Nebenbetriebe) sowie der Beschäftigten Personen	1907	1882
Gesamtbetriebe überhaupt	4 050 910	3 058 088
davon Hauptbetriebe	3 448 898	3 144 077
Nebenbetriebe	611 621	518 111
Beschäftigte Personen	14 486 259	10 260 200
davon männliche	10 900 727	7 929 944
weibliche	3 529 581	2 330 256

Von je 100 Gewerbetrieben waren 1907: 85,0 Haupt- und 15,0 Nebenbetriebe (1895 = 80,14; 1882 = 83,3; 16,7), von je 100 beschäftigten Personen 75,5 männliche und 24,5 weibliche (1895 = 77,2; 23,8; 1882 = 70,4; 29,6). Das stärkere Eindringen des weiblichen Geschlechts in das Gewerbe tritt also in den absoluten wie in den relativen Ziffern hervor. Von den Betrieben und beschäftigten Personen entfielen auf die einzelnen Gewerbeabteilungen:

	Betriebe	Hauptbetriebe	Personen
Gärtnerei, Tierzucht (1907: 63 700	59 810	154 111	
und Fischerei . . . 1895: 53 547	42 921	103 128	
Industrie, Bergbau (1907: 2 020 100	2 080 808	10 852 878	
und Baugewerbe 1895: 2 428 478	2 140 972	8 000 593	
Handel, Verkehr und (1907: 1 035 685	1 283 051	3 311 808	
Gastwirtschaft . . . 1895: 1 170 068	955 081	2 105 638	

In der Gruppe Industrie, Bergbau und Baugewerbe hat also ein nicht unerheblicher Rückgang der Zahl der Betriebe stattgefunden (um 102 283), nicht aber der beschäftigten Personen, die vielmehr um 2 852 370 stieg. Von je 100 Personen waren 1,0 in der Gärtnerei, 75,7 in der Industrie und 23,3 im Handel und Verkehr beschäftigt (1895 = 1,0; 78,0; 21,0). Von je 100 Beschäftigten der Industrie waren 1907 80,0 Männer und 20,0 Frauen (1895 = 80,5; 19,5), in Handel und Verkehr 61,1 Männer und 38,9 Frauen (1895 = 61,8; 38,2). Handel und Verkehr nehmen, je mehr die Konzentration der gewerblichen Betriebe fortschreitet, einen breiteren Raum ein, und gerade hier ist die Frauenbeschäftigung am meisten eingedrungen. Auf die einzelnen Gewerbegruppen verteilen sich die Betriebe und Personen wie folgt:

	Betriebe überhaupt	Hauptbetriebe	Beschäft. Personen	davon weiblich
Gärtnerei	30505	54096	110758	93812
Tierzucht und Fischerei	27111	18020	34353	3806
Bergbau	6079	5266	860908	20700
Steine und Erden	52435	47626	770568	84428
Metallarbeiter	166668	152523	937020	83182
Maschinen u. Instrum.	108467	94102	1120282	53804
Chemische Industrie	11133	10582	172441	28408
Leuchtstoffe usw.	7273	6187	98010	11301
Textilindustrie	161218	136304	1088280	558381
Papierindustrie	21284	10787	230926	70486
Lederindustrie	54041	49773	208071	25872
Holz- und Schnitzstoffe	241375	205418	771059	33458
Nach- und Genussmittel	859924	808836	1289946	635551
Verdichtungsgewerbe	782650	688543	1308859	610500
Reinigungsgewerbe	188285	125738	254905	139033
Baugewerbe	232654	208418	1568504	20372
Holzschnitz- u. Gewerbe	20152	18880	208802	46351
Münzfl. Gewerbe	12605	11900	30178	3122
Handelsgewerbe	1088208	842140	2063634	791855
Verkehrsgewerbe	58459	28924	69027	4230
Reinigungsgewerbe	118739	88310	405104	16065
Gastwirtschaft	374193	329577	803603	488358
Musik, Theater usw.	34338	24763	87906	19067

### Der Almanach.

Ein alter Freund ist wieder erschienen. Mit Sehnsucht ist er erwartet worden; viele Tausende strecken ihm die Hände entgegen, sie weisen ihm einen Platz nahe ihrem Herzen an und werden sich ein ganzes Jahr nicht von ihm trennen, sondern ihn stets mit sich herumtragen. Es ist der Almanach des Deutschen Holzarbeiterverbandes, der sich einer stets steigenden Beliebtheit erfreut. Im 12. Jahrgang erscheint er heuer und er macht den vielen Freunden, die er sich erworben, eine besondere Freude dadurch, daß er sich einige Wochen früher eingestellt hat als früher. Um so zeitiger wird er aber auch vergriffen sein, und wer nicht auf seinen Verbandstaschenkalender verzichten will, wird gut tun, sich rechtzeitig darum zu bemühen.

Betrachtet man den Almanach näher, dann findet man es ganz natürlich, daß er so vielen Kollegen ein unentbehrlicher Begleiter geworden ist. Enthält er doch in der knappen Form alles das, was ein Verbandsmitglied wissen muß, um seine Rechte und Pflichten als organisierter Arbeiter und Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes pünktlich wahrzunehmen. Und noch viel mehr als das. Wenn man das Inhaltsverzeichnis durchgeht, will es kaum glaubhaft erscheinen, daß alle die angeführten Dinge in dem kleinen Büchlein Platz haben, und daß es trotzdem noch genügend Raum für Notizen bietet. Aber das unmöglich scheinende ist möglich gemacht worden durch eine ökonomische Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Raumes und dadurch, daß für alles, was gesagt wird, eine scharfe, knappe und dabei doch hinreichend deutliche Form gewählt wurde.

Schon die Innenseite des Deckels und des Vorjahrsblatt bringen wichtige Notizen, die zum Teil Alltagsdingen betreffen, die uns aber oft genug gerade dann nicht einfallen, wenn wir sie genau wissen möchten. Dazu gehört der Portio-Tarif, eine Münzvergleichung, sowie eine Uebersicht über die deutschen Maße und Gewichte. Die Kenntnis des Gewichtes der einzelnen Reichsmünzen, sowie der bis zum Jahre 1925 reichenden Werttabelle part manchmal viel Kopfschmerzen, und die Werttabelle ist ein gutes Hilfsmittel für schwache Rechner. Uebrigens war das Kalendarium und den Raum für Tagesnotizen, bei welchen wir neben wichtigen Daten aus der Verbandsgeschichte, die festgehalten wurden, auch manchen heutzutage wertvollen Spruch finden, dann stoßen wir

Ein Rückgang der Betriebe seit 1895 ist eingetreten in der Textilindustrie um 35,2 Proz., in der Leuchtstoffindustrie um 10,5 Proz., in den Holz- und Schnitzstoffgewerben um 8,0 Proz. (von 1882 bis 1907 um 7,8 Proz.), in den Bekleidungsindustrien um 8,7 Proz., im Bergbau um 5,7 Proz., in der Metallverarbeitung um 4,3 Proz., in der chemischen Industrie um 3,5 Proz., in der Industrie der Steine und Erden um 1,2 Proz. Zugunommen hat die Betriebsziffer dagegen im Versicherungsgewerbe um 200,1 Proz., im Handlungsgewerbe um 10,0 Proz., im Musik- und Theatergewerbe um 34,1 Proz., in den graphischen Gewerben um 33,5 Proz., in den Gärtnereien um 31,0 Proz., in den künstlerischen Gewerben um 23,7 Prozent, im Reinigungsgewerbe um 10,0 Proz., in den Nahrungsmittelgewerben um 14,5 Proz., in der Papierindustrie um 13,5 Proz., im Verkehrsgewerbe um 13,0 Proz., in den übrigen Gruppen um weniger als 10 Proz. Ein Rückgang der Beschäftigtenzahl ist in keiner Gewerbegruppe zu verzeichnen, wohl aber sind Zunahmen von 6,5 Proz. (Bekleidungsindustrie) bis 210,2 Proz. (Versicherungsgewerbe) eingetreten. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe hob sich die Zahl der Beschäftigten von 1882 bis 1907:

	Zahl d. Beschäftigt.	Zunahme	
	1895	1907	
Beschäftigte insgesamt	598 496	771 059	27,4
davon männlich	564 071	707 601	27,6
weiblich	34 425	63 458	25,8

Die Holz- und Schnitzstoffgewerbe gehören also zu denjenigen Industrien, in denen die Tendenzen der modernen Entwicklung überaus stark zum Ausdruck gelangten: Rückgang der Betriebe und starke Zunahme der Beschäftigten, vor allem der weiblichen. Während 1882 auf jeden Hauptbetrieb hier durchschnittlich 1,97 Beschäftigte, davon 0,11 weibliche entfielen, waren die Durchschnittsziffern für 1895 2,72 und 0,15 und für 1907 3,76 bzw. 0,39. Seit 1882, also in 25 Jahren, hat sich die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten pro Hauptbetrieb nahezu verdoppelt, die der weiblichen fast vervierfacht!

### Ein Reichstarifvertrag für Bautischlereien?

Die „Soziale Praxis“ bringt eine Notiz, nach welcher vom Arbeiterschutzbund für die deutsche Holzindustrie, insbesondere von dessen Untergruppe „Zentralverband der Bautischlermeister Berlins“, die Einführung eines Reichstarifvertrages für Bautischlereien eifrig erörtert wird. In der Notiz heißt es: „Nach der bisherigen Entwicklung des Lohnwesens in der Bautischlerei scheitert den Arbeitgebern dieses Faches die Zeit gekommen, um einen sehr eingehend gegliederten und übersichtlichen Tarif mit etwa 1500 Tarifpunkten für alle erdenklichen Bautischlerarbeiten im ganzen Reich zur Einführung zu bringen. Die Holzarbeiterchaft sieht diesem Plane eines neuen Reichstarifvertrages zunächst abwartend gegenüber, wie denn jetzt auch in anderen Gewerben das Drängen zu Reichstarifen mehr von den zentralorganisierten Arbeitgebern als von den Arbeitern ausgeht.“

Woher die „Soziale Praxis“ ihre Information hat, ist uns nicht bekannt; uns ist bisher von solchen Plänen des Arbeiterschutzbundes nichts zur Kenntnis gekommen. Inwieweit mag es zutreffen, daß die Holzarbeiterchaft dem Plane zunächst abwartend gegenübersteht, da es nicht wohl

möglich ist, zu einem ganz unbekanntem Plane Stellung zu nehmen.

Zu der Behauptung, daß das Drängen zu Reichstarifen mehr von den Arbeitgebern als von den Arbeitern ausgeht, dürfte eine orientierende Bemerkung am Platze sein. Durch den Umstand, daß sich der Gebrauch eingebürgert hat, sowohl von den kollektiven Arbeitsverträgen, welche die allgemeinen Arbeitsbedingungen regeln, wie auch von den speziellen Tarifverträgen, als von „Reichstarifen“ zu sprechen, daß also zwei im Grunde doch recht verschiedene Begriffe mit dem gleichen Wort bezeichnet werden, kommt es leicht zu Mißverständnissen. Und ein solches scheint auch hier vorzuliegen.

Die Unternehmer drängen tatsächlich auf den Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen, die sich auf das ganze Reich erstrecken und am gleichen Tage ablaufen. Durch solche „Reichstarife“ soll die gleichzeitige Aussperrung der Arbeiter des gesamten Berufs ermöglicht werden, von welcher die Unternehmer erwarten, daß sie notwendig zu einer Niederlage der Arbeiterorganisation führen muß. Ob diese Hoffnung nach den im Jahre 1910 gemachten Erfahrungen noch begründet ist, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls setzt der Deutsche Holzarbeiterverband den in dieser Richtung sich bewegenden Bemühungen des Arbeiterschutzbundes für das Deutsche Holzgewerbe den entschiedensten Widerstand entgegen, und dieser hat sich auch damit abgefunden, daß seine Pläne in absehbarer Zeit nicht durchführbar sind.

Etwas anderes ist es mit der Einführung von Reichstarifen, die sich auf das ganze Reich erstrecken. Derartigen Reichstarifen steht unser Verband durchaus sympathisch gegenüber. Diese Stellungnahme ist keineswegs neu. Auf den verschiedenen Branchenkongressen, die im Laufe der Zeit abgehalten wurden, ist der Wunsch nach Schaffung einheitlicher Reichstarife wiederholt recht lebhaft zum Ausdruck gekommen. Wenn auf diesem Gebiete bisher in der Praxis noch nicht viel geleistet worden ist, so liegt das nicht daran, daß es uns an gutem Willen fehlt, sondern an den großen sachlichen Schwierigkeiten. Sollte es wahr sein, daß der Arbeiterschutzbund die Einführung eines einheitlichen Reichstarifes für Bautischlerarbeiten für ganz Deutschland plant, dann wird unsere Verbandsleitung gern bereit sein, ihr Möglichstes zu tun, diesen Plan zu fördern.

### Die Genossenschaftsfrage auf dem sozialdemokratischen Parteitag.

Die Beurteilung des Genossenschaftswesens durch die Sozialdemokratie ist heute eine ganz andere als früher. Die geistigen Väter dieser Bewegung, Marx und Lassalle, waren darin einig, daß nur die Produktivgenossenschaften imstande seien, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu beeinflussen und umzugestalten. Die Konsumgenossenschaften schieben hierbei vollständig aus, denn man suchte die Ausbeutung lediglich im Gebiete der Gütererzeugung; die durch den Handel stattfindende Ueberschiebung der Konsumenten spielte eine nebensächliche Rolle und Lassalle erklärte ausdrücklich, es sei falsch, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, man müsse ihn vielmehr dort helfen, wo ihn der Schweiß der Hände, nämlich als Produzenten. Marx sprach damals mit Nachdruck von der kapitalistischen Produktionsweise und ließ dabei die Mängel der kapitalistischen Verteilungsweise

anderer Artikel, geschmückt mit einem Gruppenbild, gibt Kunde von der allen Holzarbeitergewerkschaft in Dresden. Ein Streik in dem berühmten Pariser Fischer-Viertel, dem Faubourg St. Antoine, aus dem letzten Jahre wird den Lesern in Wort und Bild vorgeführt. Dieser Teil des Almanachs wird abgeschlossen durch die Wiedergabe einer schwarzen Liste aus dem Jahre 1902, einem Stück aus dem Archiv des Verbandes. Hierdurch sollen die Kollegen zugleich daran erinnert werden, dem Archiv geeignetes Material zu überreichen. Der Leitartikel für Versammlungsleiter und das Holzarbeiter-Verbandslied haben schon in früheren Jahrgängen des Almanach gestanden, ebenso die parlamentarischen Regeln für Mitgliederversammlungen und die guten Ratsschlüsse für Redner; damit ist jedoch nicht gesagt, daß ihre Wiederholung überflüssig wäre. Der Wiederabdruck des Verbandsstatuts rechtfertigt sich schon wegen der auf dem Verbandstag vorgenommenen Änderungen. Auch die Auszüge aus der letzten Verbandsstatut sind immer noch wertvoll. Das gleiche gilt für die statistischen Daten über die deutschen und ausländischen Gewerkschaften und die Auszüge aus der letzten Volkszählung. In den kleinen Notizen über die Sozialversicherung usw. steht eine Menge wichtiges Material. Viel Dank dürfte unser Kalendermann ersten für die Tabelle der gebräuchlichsten Maße und Gewichte. Selbstverständlich enthält der Almanach wieder ein reichhaltiges Adressenmaterial und der Vordruck zur Führung einer genauen Wirtschaftsbuchung, der aber leider nicht in wünschenswertem Umfang benutzt wird. Den Beschluß macht wieder das kleine Verzeichnis der gewerblichen Meisters. Ein auf den ersten Raum zusammengebrängter Ratgeber in gewerblichen Streitfragen, dessen Wert nicht hoch genug anzuschlagen ist.

Diese kurze und durchaus nicht vollständige Uebersicht über den Inhalt unseres Almanachs läßt erkennen, daß wir es hier mit einem äußerst gediegenen Werk zu tun haben. Zu seiner starken Verbreitung unter den Mitgliedern hat der äußerst niedrige Preis von 50 Pfennig wesentlich beigetragen. Einer besonderen Empfehlung zur Anschaffung des Almanachs bedarf es nicht; jeder Kollege, der ihn kennen gelernt hat, legt Wert darauf, auch den neuesten Jahrgang zu besitzen, und schon jetzt laufen die Bestellungen so zahlreich ein, daß aller Voraussicht nach binnen kurzem die Gesamtauflage vergriffen sein dürfte.

auf einen zusammenhängenden Geschichtskalender, der bis zum Jahre 1888 zurückreicht und manches interessante Datum aus dem Leben des Deutschen Holzarbeiterverbandes und seiner Vorgänger in Erinnerung bringt.

Der alten Übung, die Toten des Jahres zu ehren, die sich um die Organisation verdient gemacht haben, bleibt unser Almanach auch diesmal treu. Er bringt einen kurzen Lebenslauf und ein Bild von Wilhelm Seywependick, einem Kollegen von der alten Garde, der der heutigen Generation kaum noch dem Namen nach bekannt sein dürfte. Er wurde im Jahre 1872 bei der Gründung des Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Vereins zu dessen Vorsitzenden gewählt und mußte, auf Grund des Sozialistengesetzes aus Berlin und aus Hamburg ausgewiesen, nach Amerika auswandern, wo er 71 Jahre alt, in den letzten Tagen des Jahres 1900 starb.

Der folgende Teil des Almanachs ist besonders wichtig für die agitatorisch tätigen Kollegen, und wer wollte nicht agitatorisch tätig sein? Willst Du wissen, wie sich die Mitgliederzahl und das Finanzwesen des Verbandes entwickelt haben, welche die größten Zahlstellen des Verbandes sind; interessieren Dich Zahlen aus der Verbandsabrechnung oder die Verteilung der Unterstützungsausgaben auf die einzelnen Branchen, über alles gibt Dir der Almanach Auskunft. Ein Blick in Dein Verbandsstaschenbuch besetzt Dich über den Umfang und das Ergebnis der Lohnbewegungen des letzten Jahres und den Stand der Tarifverträge. Wenn die Mitglieder des christlichen Verbandes oder des Gewerkschaftsvereins in der Werkstatt mit den Leistungen ihrer Organisation prahlen und dabei, was sie sehr gern tun, lägen, daß sich die Walfen biegen, dann greife nach dem Almanach und Du bist imstande, den Schwindel richtigzustellen. Ob allerdings so eine Abfertigung auf die Dauer wirkt, ist fraglich. Da Du aber Dein Material beständig mit Dir herumträgst, kannst Du Deine Belehrung im Bedarfsfalle wiederholen.

Im Jahre 1910 fand der Verbandstag in München und der internationale Holzarbeiterkongress in Kopenhagen statt. Der Almanach bringt eine gedrängte Uebersicht über die auf beiden Tagungen gefassten Beschlüsse. Die in früheren Jahrgängen des Almanachs begonnene Darstellung der Geschichte der Branchenorganisationen, die jetzt im Holzarbeiterverbande vereinigt sind, erhält im vorliegenden Almanach eine Fortsetzung in Gestalt einer Abhandlung über den deutschen Holzarbeiterverband. Ein

### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Gewerkschaftsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:  
Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Auerbach (G. Seidel), Wunde, Vueri, Westf. (Dörpinaud), Colmar i. G., Delmenhorst (Wagenfabrik Köhler), Emden, Eisenberg (Guischler), Finsterwalde (H. Schüle), Gießen (G. H. Müller), Hameln (Stahlbratmatratzenfabrik Brune), Herford (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Niebaum u. Gutenberg), Kaiserlautern (Edel), Laffan i. Rom., Lengo (Eimeier), Mühlhausen i. G., Neu-Isenburg (Wittich), Paderborn, Radeberg, Reichenberg i. Böhmen, Saarbrücken, Spandau (Behring u. Co.), Stolp i. Pom., Stuttgart (Kontormöbelfabrik Eberhard Feber), Weiskensee (Genossenschaft), Wilsdruff, Dornbirn in Vorarlberg.

Klavierarbeitern nach Vorna b. Leipzig, Coblenz (Rheinische Pianofortefabrik, vorm. C. Mand), Heilbronn, Liegnitz.

Mobeltischlern nach Leipzig (Krause), Neumühlen b. Kiel (Anschütz u. Co.), Zürich (Wiederkehr u. Schmeller).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

Stuhlbauern nach Br. Holland.  
Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.  
Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.  
Knopfmachern nach Frankenhausen.  
Pantinenmachern nach Kellinghusen.  
Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.  
Stuhlarbeitern nach Eberswalde (Pfohl).

lichen Einfluß auf die kapitalistischen Verhältnisse ausgeübt hätten. Und dann fuhr er fort:

„Die Nebenart, daß durch die Konsumvereine der Kapitalismus ausgehöhlt und unterwühlt werden könnte, ist allerdings nicht einmal ein schöner Traum. Es wäre doch ganz sonderbar, wenn die bürgerliche Gesellschaft in dem Augenblick, wo sie sehen würde, daß ihre ganze Existenz durch die Konsumvereine in Frage gestellt wäre, ruhig zusehen und nicht politische Mittel in Anwendung bringen würde, um diesen Prozeß zu unterbinden und aufzuhalten. Die Konsumvereine können eben sehr verschieden wirken, je nachdem die Leitung ihre Aufgabe auffaßt. Selbst Unternehmer haben früher schon Konsumvereine gegründet, um ihre Arbeiter von Lohnforderungen abzuhalten. Partei und Gewerkschaft sind berufen, die Konsumvereine zu dem zu machen, was sie sein sollen und können. Das ist ja überhaupt der Grund, aus dem die Partei offiziell zur Genossenschaftsfrage Stellung nimmt. In der Resolution heißt es ganz richtig, daß die Konsumvereine unter den dort näher dargestellten Voraussetzungen gute Hilfsmittel für die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung sein können. Das ist die richtige Einschätzung, die fern ist von Ueber- oder Unterschätzung. Von dieser Auffassung aus können wir die Konsumvereine in den Rahmen der modernen Arbeiterbewegung einpassen.“

Auch der Genosse Wurm - Berlin unterstrich in der Diskussion diese Auffassung, indem er die, seiner Meinung nach, in gewissen Kreisen vorhandene Ausschüttungstheorie verpöbelte, die da meine, man könne den kapitalistischen Klassenstaat von innen heraus aushöhlen und dadurch zu Fall bringen.

Um diese Auffassung von der Bedeutung des Genossenschaftswesens im Emanzipationskampfe des Proletariats zu beseitigen, forderte man, daß die Sozialdemokratie ihre bisherige reservierte Stellung gegenüber der Genossenschaftsbewegung aufgäbe und daß die Parteigenossen durch Massenbeitritt die Konsumvereine zu wirtschaftlichen Organisationen im Sinne der Sozialdemokratie gestalten. Allerdings solle dadurch keine Abhängigkeit der Genossenschaften von der Partei geschaffen werden, aber ein auf gegenseitiger Unterstützung beruhendes Verhältnis müsse angebahnt werden. Zu dem Zwecke sei es nötig, daß die Sozialdemokratie die Bedeutung der Konsumentenorganisationen rückhaltlos anerkenne, wie dies die Resolution in den Schlüssen zum Ausdruck bringt:

„Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumentgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den Klasseninteressen des Proletariats; denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse. Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen.“

Während somit in der Praxis eine Verständigung zwischen Sozialdemokratie und Konsumentgenossenschaftsbewegung herbeigeführt worden ist, bleiben in der Theorie noch verschiedene Differenzen bestehen. Offenbar besteht eine gewisse Rivalität zwischen Partei und Genossenschaft — ähnlich wie sie einstmal zwischen Partei und Gewerkschaft bestand —, und es wird noch eine gründliche Aussprache nötig sein, um hier eine geistige Einheit zu schaffen. Die Frage ist ja die, ob die Konsumentgenossenschaften gleichberechtigte Faktoren im proletarischen Emanzipationskampfe sind resp. werden können, oder ob sie nur eine Ergänzung, gewissermaßen eine Hilfsgruppe, in diesem Kampfe bilden. Die letztere Auffassung ist die offizielle, in der Parteitagresolution zum Ausdruck kommende, doch erscheint gar nicht ausgeschlossen, daß auch die erstere noch einmal sich zur maßgebenden Auffassung durchbringen könnte. Wer sich mit der Wandlung der sozialen Ideen beschäftigt und die wechselnde Beurteilung proletarischer Kampfmittel beobachtet hat, wird mit einem solchen Umschwung in der Bewertung der Konsumvereine rechnen müssen. Heute läßt sich noch gar nicht absehen, welche Ausdehnung die Genossenschaftsbewegung noch nehmen und welchen Einfluß im Wirtschaftsleben sie noch gewinnen wird. Darum ist der Streit über ihre künftige Stellung im Klassenkampfe vorläufig noch müßig und theoretisch. Mit einer Variante könnte man auf Partei und Genossenschaft ein Goethewort anwenden. Der alte Goeth' entwirftete sich eines Tages, daß die Deutschen sich darüber stritten, ob Schiller oder Goethe der größere Dichter sei, und meinte, die Deutschen sollten sich vielmehr freuen, daß sie zwei solch tüchtige Kerle ihr eigen nennen könnten. So kann sich auch das deutsche Proletariat glücklich schätzen, daß sich neben Partei und Gewerkschaft eine solch tüchtige hoffnungsvolle Bewegung gestellt hat, wie es das Genossenschaftswesen nach allgemeiner Uebereinstimmung ist. Die deutschen Arbeiter haben alle Ursache, durch aktive Beteiligung an allen drei Organisationen ihre Befreiung aus materiellen und geistigem Elend zu fördern und zu beschleunigen.

**Kollegen! Besucht regelmäßig die Versammlungen! :: :: :: :: :: :: :: ::**

### Soziales.

Halbe Maßnahmen gegen die Teuerung.

Die Fleischpreise steigen weiter. Das ist nicht nur ein Angliß für das deutsche Volk, sondern ein Zeichen von großer Respektlosigkeit gegenüber dem preussischen Landwirtschaftsminister. Dieser geizige Schildeknappe der Agrarier hat bisher gegenüber den Drängern — insbesondere waren es Stadtverwaltungen — das Mittel angewendet, sich blind und taub zu stellen. Für den preussischen Landwirtschaftsminister gab und gibt es keine Fleischnot. Noch um die Mitte des Monats September gab er in einem Bescheid an eine Stadtverwaltung der Ansicht Ausdruck, daß die Ursache der Fleischteuerung, der Mangel an Schlachtvieh, in der Hauptsache bereits überwunden sei. Der Viehauftrieb steige schon wieder, also dürfe man auch auf einen Rückgang der Teuerung rechnen.

Es ist anzunehmen, daß Herr v. Schorlemer sich dieser Hoffnung hingab und sich damit tröstete, daß, wenn erst einmal der Umschwung eingetreten sei, er auch aus der Zwidmühle erlöst ist, in welche ihn der Petitionskurm der Städte auf der einen, die Angst vor den Agrariern auf der anderen Seite gebracht hat. Aber der Landwirtschaftsminister hat Recht. Seitdem er die erwähnte Auskunft gab, sind die Preise nicht gesunken, sondern andauernd weiter gestiegen. Minderfleisch, das schon im August den außerordentlich hohen Preis von 165,4 Pf. pro Kilogramm aufwies, kostete, nach den Durchschnittsberechnungen der statistischen Korrespondenz, in der zweiten Hälfte des Oktobers in Preußen 170,7 Pf., Kalbfleisch 180,7 gegen 185 Pf., Hammelfleisch 175 statt 174,6 Pf. und Schweinefleisch 164,6 gegen 162,4 Pf. Aber trotz dieser Preissteigerung will der preussische Landwirtschaftsminister nichts unternehmen; jede weitere Öffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr erscheint ihm undurchführbar.

Während in Oesterreich mit der vorläufigen Erlaubnis für die Einfuhr gefrorenen Fleisches aus Argentinien wenigstens ein Anfang gemacht ist, gehen in Preußen die Profitinteressen der Agrarier immer noch über die Rücksicht auf die Ernährung der breiten Volksmassen. Um so auffälliger ist die Nachricht, daß die badische Regierung einen kleinen Schritt zur Vinderung der Fleischnot unternommen hat. Sie hat die Einfuhr von Vieh aus Frankreich gestattet. Nach Karlsruhe und Mannheim sollen wöchentlich 400 Rinder und 400 Schweine, nach Heidelberg 50 Rinder und 100 Schweine geliefert werden dürfen. Die Schweiz hat die Erlaubnis zur Durchführung erteilt. Gleichzeitig mit dieser Nachricht wurde mitgeteilt, daß die offizielle Bekanntgabe verzögert sei, weil sich die Verhandlungen mit Elsaß-Lothringen wegen der direkten Durchfuhr hingen. Bald danach kam jedoch eine neue Ueber-rachung: Auch die elsass-lothringische Regierung hat beschlossen, die Einfuhr von Schlachtvieh aus Frankreich in beschränktem Umfang zu gestatten, und dieser Beschluß ist mit Zustimmung des Reichskanzlers gefaßt.

Als ein Anfang zur Vinderung der Fleischnot ist diese Maßnahme zu begrüßen, man wird aber gut tun, keine übertriebenen Hoffnungen daran zu knüpfen. Die Viehpreise sind nämlich auch in Frankreich gegenwärtig hoch, und die geringe Menge des zugelassenen Viehs kann einen erheblichen Einfluß auf die Preise in Deutschland kaum ausüben. Nur die direkt beteiligten Städte dürften einen Vorteil davon haben. Das wichtigste an dem Beschluß ist aber der Umstand, daß das Prinzip der strengen Grenz-sperrre durchbrochen ist. Nun aber muß erst recht verlangt werden, daß die holländischen und dänischen Grenzen geöffnet werden, und weiter muß dann die Fleisch-einfuhr aus Argentinien in großem Maßstabe organisiert werden.

Ob das geschehen wird, ist noch sehr fraglich. Zimmerlin ist aus der Zustimmung des Reichskanzlers zur Öffnung der französischen Grenze zu schließen, daß sich nun auch die Reichsregierung entschlossen hat, die bestehende Lebensmittelteuerung anzuerkennen. Der Staatssekretär Delbrück hat das auch in einer Zuschrift an einen Parlamentarier ausdrücklich getan, aber hinzugefügt, daß die Erörterungen zu ihrer Beseitigung noch nicht abgeschlossen seien. Ob diese Erörterungen, die ja ein beliebtes Mittel der Regierung sind, unangenehmen Entscheidungen aus dem Wege zu gehen, überhaupt einmal zum Abschluß kommen, steht noch dahin. Möglich, daß die Zustimmung zur Vieheinfuhr aus Frankreich schon das Ergebnis dieser gründlichen Erörterung ist.

Es ist ja anzunehmen, daß die Regierung bei dem bevorstehenden Zusammentritt des Reichstages wegen ihrer Unfähigkeit gegenüber der Fleischnot zur Rede gestellt wird. Dann wird sie ihre Kritiker darauf verweisen, daß ja die Vieheinfuhr aus Frankreich gestattet wurde. Die grimmigen Agrarier aber wird man trösten mit dem Hinweis darauf, daß es sich ja nur um ein Mittel handle, den Pelz zu waschen, ohne ihn nah zu machen. In einer unangenehmen Lage befindet sich allerdings der preussische Landwirtschaftsminister, für den eine Fleischnot nicht existiert, obwohl eine solche sogar von der Reichsregierung anerkannt ist. Aber er ist ja nur dem preussischen Dreiklassenparlament verantwortlich, und dessen agrarische Mehrheit wird ihm gern bestätigen, daß er weise handelt, wenn er die preussischen Grenzen nach wie vor gegen die Vieheinfuhr geschlossen hält. Bei solchen Regierungsgrundrissen fällt sich der Geldbeutel der Junker, und das ist doch die Hauptsache. Daß das Volk dabei hungert, kommt demgegenüber wenig in Betracht.

**Hilfe für die notleidenden Schnapsbrenner.** Der auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig beschlossene Schnapsboykott tut seine Wirkung. Der Schnapspreis geht zurück und die Regierung trägt diesem Umstand Rechnung, indem sie in dem Staatsentwurf für 1911 den Betrag aus der Branntweinsteuer um 10 1/2 Millionen Mark niedriger ansetzt, als sie ihn früher geschätzt hatte. Aber sie tut noch mehr. In ihrer Fürsorge für die Schnapsbrenner hat sie sich entschlossen, das Kontingent herabzusetzen. Mäher wurden 2 1/2 Millionen Hektoliter Alkohol mit 105 Mk. pro Hektoliter versteuert. Für die Menge, die darüber hinausproduziert wurde, mußte pro Hektoliter 125 Mk. Steuer gezahlt werden. Da der Verbrauch höher ist als das „Kontingent“ von 2 1/2 Millionen Hektoliter, konnte auch dieser kontingentierte Spiritus so teuer verkauft werden, als ob auch er mit 125 Mk. versteuert worden wäre. Das Kontingent bedeutet also ein bares Geschenk von 2 1/2 Millionen mal 20 Mk. gleich 45 Millionen Mark jährlich an die Schnapsbrenner.

Der starke Rückgang des Schnapskonsums bewirkt nun, daß die Schnapsproduktion das Kontingent in immer geringerem Maße übersteigt. Mühte die Produktion innerhalb der Grenzen des Kontingents bleiben, gäbe es also keinen mit 125 Mk. versteuerten Schnaps, dann wäre auch die Liebesgabe für die Schnapsbrenner beseitigt. Dieser Zeitpunkt rückt heran und die Reichsregierung sah sich vor die Entscheidung gestellt, ob sie auf diesem Wege die Liebesgabe ganz verschwinden lassen, oder ob sie für die Schnapsbrenner retten soll, was zu retten ist, indem sie das Kontingent herabsetzt. Sie hat sich für das Letztere entschieden. Amtlich wird gemeldet, daß der Bundesrat das Gesamtkontingent der Brennereien für das Betriebsjahr 1910/1911 auf 1 757 783 Hektoliter Alkohol herabgesetzt habe. Damit wird freilich der Betrag der Liebesgabe gekürzt von 45 auf 35 Millionen. So sehr aber die Schnapsbrenner der Verlust der 10 Millionen schmerzen wird, so haben sie doch noch einen Grund, der Regierung dankbar zu sein, die ihnen durch ihre weise Maßnahme die Liebesgabe, wenn auch in bescheidenem Umfange sichert.

Für die Arbeiterschaft ist dieses offizielle Zugeständnis der Wirkung des Schnapsboykotts im höchsten Grade erfreulich. Nun muß der Boykott des Branntweins erst recht energisch fortgesetzt werden. Jetzt ist die Liebesgabe der Schnapsbrenner nur reduziert, wir haben es aber in der Hand, sie ganz unwirksam zu machen durch eine weitere Verringerung des Schnapskonsums. Arbeiter, meidet den Schnaps!

**Die Arbeitslosenversicherung in Augsburg ist abgelehnt.** Die soziale Kommission der Stadt Augsburg, die aus Mitgliedern der beiden städtischen Kollegien besteht, hat sich neuerdings wieder mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung beschäftigt. Die Gewerkschaften haben sich veranlaßt für die Einführung des neuen Systems ausgesprochen, dagegen hat eine vom Magistrat vorgenommene Umfrage bei den Unorganisierten ergeben, daß sich nur sieben Arbeiter bereit erklärten, einer Arbeitslosenversicherung beizutreten. Die Mehrheit der sozialen Kommission stellte sich nun auf den Standpunkt, daß eine Arbeitslosenversicherung überhaupt nicht nötig und aus prinzipiellen Gründen abzulehnen sei, wobei eines der Kommissionsmitglieder den Ausschluß tat: „Wer arbeiten wolle, fände immer Arbeit, die Arbeitslosen seien meist böse und schlechte Menschen, die der Arbeit aus dem Wege gingen.“ Nach langer Debatte wurde schließlich von der Mehrheit unter Führung der Fabrikanten beschlossen, von einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung in Augsburg abzusehen, da eine Lösung der Frage nur durch das Reich oder die Bundesstaaten möglich sei.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalarbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. November beträgt in Dinkelsbühl 70 Pf., Schorndorf 65 Pf., Spreudlingen 75 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 47. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Wir verweisen auf die Anzeige der Verlagsanstalt betreffend den neuen Almanach für das Jahr 1911, und ersuchen die Lokalarverwaltungen, ihre Bestellungen nicht zu verjäumen.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 143666 Eduard Altrod, Tischler, geb. 31. 12. 75 zu Marienwerder.
- 156224 Viktor Schid, Tischler, geb. 11. 1. 60 zu Schweidnitz.
- 162850 Ernst Ortloff, Tischler, geb. 6. 2. 86 zu Schweidnitz.
- 248425 Otto Walthar, Tischler, geb. 2. 6. 88 zu Remscheid i. A.
- 263317 Franz Altmeppen, Tischler, geb. 11. 12. 87 zu Remscheid.
- 304445 Alfred Bedger, Tischler, geb. 10. 12. 88 zu Friedland.
- 333346 Karl Kappeler, Tischler, geb. 27. 1. 86 zu Reichenheim.
- 354011 Wilhelm Vogt, Kistenmacher, geb. 12. 9. 87 zu Bremen.
- 363712 Ferdinand Fajbender, Tischler, geb. 26. 5. 89 zu Koppelsdorf.
- 365799 Martin Werten, Tischler, geb. 12. 2. 88 zu Butschaid.
- 376714 Ernst Baumbach, Tischler, geb. 10. 1. 88 zu Friedland.
- 393716 August Schulz, Anspinnmacher, geb. 5. 8. 65 zu Gardelegen.
- 405278 Robert Vergmann, Tischler, geb. 6. 12. 86 zu Hamburg.
- 406357 Hermann Leuchtenberger, Tischler, geb. 22. 1. 86 zu Leuzen.
- 429279 E. Holznacht, Tischler, geb. 16. 8. 81 zu Hannover.
- 454212 Georg Ehret, Tischler, geb. 18. 6. 75 zu Elpersheim.

- 480439 Rudolf Krüger, Tischler, geb. 28. 6. 83 zu Gollberg.
- 468217 Jacob Grimm, Tischler, geb. 18. 1. 86 zu Friesenhelm.
- 476761 Kurt Eiblauer, Tischler, geb. 12. 4. 01 zu Döbshau.
- 188170 Heinrich Meyer, Maschinenarbeiter, geb. 25. 12. 77 zu Gahlen.
- 406665 Georg Gründler, Tischler, geb. 20. 9. 85 zu Basel.
- 522057 Paul Wildt, Schiffzimmerer, geb. 6. 2. 01 zu Brecon.
- 525000 Paul Reuter, Tischler, geb. 15. 12. 90 zu Osterode.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.  
Der Verbandsvorstand.

**Korrespondenzen.**

**Mertin. (Wergolder.)** Nach der allgemeinen Lohnbewegung im Herbst dieses Jahres scheint die Gleichgültigkeit der Berliner Wergolder etwas nachgelassen zu haben. In der letzten Branchenversammlung füllten sie fast vollständig den großen Saal des Gewerkschaftshauses. Dr. Kurt Liebknecht hielt einen lehrreichen Vortrag über Hautkrankheiten. Derselbe war für unsere Kollegen besonders interessant, weil ein großer Teil selbst an einer bössartigen Hautkrankheit leidet, der sogenannten Poliererkraße. Der Referent schilderte das Entstehen und den Verlauf dieser Krankheit, doch sei es bisher noch nicht gelungen, die Ursache dieses Hautauschlags festzustellen. Dieses sei außerordentlich schwierig, weil nicht alle Arbeiter, trotzdem sie mit ein und demselben Material arbeiten, davon betroffen würden. Sache des Gesundheitsamtes sei es, dafür zu sorgen, daß geeignete Schritte unternommen werden, damit die Arbeiter wirksam gegen derartige Schäden geschützt sind. Unter Branchenangelegenheiten wurde besonders darauf hingewiesen, daß der Arbeitsnachweis weiter strikte durchgeführt und jede, auch indirekte Durchbrechung sofort der Leitung gemeldet werden müsse, denn nur so sei es möglich, die Arbeitslosigkeit auf breitere Schultern zu verteilen. Berechtigte Mißstimmung löste die Mitteilung aus, daß einzelne Delegierte zur Krankenkasse nicht ihren Verpflichtungen als zielbewußte Arbeiter nachgekommen sind. Diefellen wurden im Einverständnis der Versammlung von der Kandidatenliste gestrichen.

**Vonn.** Zu einer Werkstattversammlung der Maschinenschreiner bei der Firma Sonnenen, die von den Christen einberufen war, hatten sich diese den Medatleur des christlichen „Solzarbeiter“, namens Jansen, als Redner geladen. Als nach seinem Referat von unserer Seite darauf hingewiesen wurde, daß es für die Kollegen zweckmäßiger sei, wenn sie sich dem Deutschen Solzarbeiterverband anschließen, der bereits im Betriebe vertreten sei und mit dessen Hilfe es auch den Wankschreimern gelungen ist, ihren Nordtarif durchzusetzen, da konnte der Christ die Wichtigkeit der Behauptung nicht bestreiten. Aber es ist doch seine Aufgabe, vor dem Deutschen Solzarbeiterverband gütlich zu machen, weshalb hielt er es für zweckmäßig, das Verhältnis zwischen dem Deutschen Solzarbeiterverband und der sozialdemokratischen Partei mit echt christlicher Wahrheitsliebe zu erörtern. Bei der Gelegenheit machte er selbstverständlich auch in Marxijstischer Theorie, sozialdemokratischem Terrorismus und all-den munderstschönen Sachen, die das Agitationsgebiet der M.-Gladbacher Jesuitenbücher umfassen. Dann schwafelte er von der Größe des christlichen Solzarbeiterverbandes, die er als so überlegend darstellte, daß unser Verband von ihm bei der Durchführung der Bewegung im Ruhrgebiet nur so eben geduldet wurde. Natürlich wurde diese lächerliche Grohmäuligkeit des Christen gebührend gekennzeichnet, ebenso auch das Abhängigkeitsverhältnis der christlichen Gewerkschaften vom Zentrum. Als bei der Gelegenheit auf den Streikbruch der Kölner Christen im Jahre 1905 angespielt wurde, da meinte der Herr Jansen: „Wäre es nach mir gegangen, dann hätte ich euch Dienen ganz anders ausgespielt.“ Das glauben wir gern, denn sein ganzes Verhalten erweckte den Eindruck, daß es ihm keine Heberwindung kosten würde, den Streikbrecher zu machen. Im allgemeinen möchten wir den Christen raten, noch öfters diesen Jansen oder ihm verwandte Geistesgrößen nach Vonn zur Agitation zu schicken, auf diese Weise werden nämlich die Christen bald hier ausgespielt haben.

**Grimmitschau.** In der letzten Zeit mehren sich hier die Maßregelungen; seit der letzten Lohnbewegung haben wir schon sechs Fälle zu verzeichnen. Gewöhnlich wird von dem Unternehmer Arbeitsmangel vorgeschützt. So auch in der Grimmitschauer Maschinenfabrik, wo einer der bestbezahlten Arbeiter der schon 5 1/2 Jahre im Betrieb tätig war, an die Luft gesetzt wurde, obwohl mehrere Kollegen erst viel später eingestellt worden waren. Daß es sich nur um eine Maßregelung wegen Ablehnung an der letzten Lohnbewegung handelt, geht daraus hervor, daß auch einem 73 Jahre alten Kollegen mit der Begründung gekündigt wurde, daß er sich bei der Lohnbewegung mit unterschrieben habe. Als dieser deshalb um Entschädigung bat, durfte er bleiben. Schon vorher hatte man versucht, die Kollegen dadurch uneinig zu machen, daß man einen Teil von ihnen verfürzt, die anderen aber voll arbeiten ließ. Als dann aber durch Vorfälligwerden erreicht wurde, daß alle verfürzt arbeiteten, schritt man zu der Maßregelung, bei der man meinte, die Seele unserer Bewegung getroffen zu haben. — In der Reformenjahrzeit von M. Weshorn in Schweidnitz läßt der Zusammenhalt der Kollegen noch sehr viel zu wünschen übrig. Findet eine Besprechung statt, dann kann man damit rechnen, daß es schon am nächsten Tage dem Meister und dem Unternehmer zugeht. Diefellen gefällt natürlich der Zustand. Als vor einiger Zeit dort ein Kollege anfragte, von dem zu erwarten war, daß es ihm gelingen würde, die Zustände zu verbessern, wurde er sehr bald entlassen. Angeblich weil er zu einer Arbeit zu lange Zeit brauchte. Es stellte sich zwar gleich heraus, daß sich der Meister dabei mit der Zeit verrechnet hatte, aber es blieb bei der Entlassung, weil der Kollege nicht billiger arbeiten wollte. Hoffentlich gestiftet es aber trotzdem noch, auch die Kollegen in diesem Betrieb dahin zu bringen, daß sie fest zusammenhalten.

**Fürth i. V.** Während in der hiesigen Möbeldindustrie längere Zeit ein guter Geschäftsgang vorhanden war, ist augenblicklich bei der Firma Hemmersbach ein starker

Rückgang eingetreten. Binnen 14 Tagen wurden zirka 20 Kollegen entlassen, darunter Familienväter, die schon lange im Betrieb arbeiteten. Auf das Verlangen der Arbeiter, allgemein verfürzt zu arbeiten, will sich die Firma nicht einlassen. Wir bitten bei dieser Sachlage, Fürth nicht zu verlaufen, zumal auch in der Spiegelrahmenbranche die Arbeitslosigkeit abflaut. Insbesondere machen wir darauf aufmerksam, daß das Umschauen streng verboten ist und auch schriftliche Arbeitsangebote zu unterlassen sind.

**Waldheim a. d. Brenz.** Nach langem Bemühen ist es uns gelungen, unserem Verband unter den Sägereiarbeitern Eingang zu verschaffen. Am 30. Oktober fand eine Versammlung mit den Kollegen des Sägewerks Georg Ziegler statt, zu welcher von 10 in Frage kommenden Kollegen 17 erschienen waren. Nach einem kurzen Referat und einer regen Aussprache über die Werkstattverhältnisse ließen sich 15 Kollegen in den Verband aufnehmen, 2 Kollegen sind im Zimmerverband und ein Kollege im Hilfsarbeiterverband, so daß nun der Betrieb bis auf einen Kollegen organisiert ist. Den Kollegen rufen wir zu: Seid und bleibt treue Mitglieder unseres Verbandes, dann wird es uns möglich sein, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Seer Ziegler beabsichtigt, zum kommenden Frühjahr neben dem Sägewerk eine Kistenfabrikation zu eröffnen, was die Einstellung einer Anzahl Arbeitskräfte zur Folge hat. Hier haben die Kollegen alle Ursache, darauf hinzuwirken, daß die alten Zustände nicht in den neuen Betrieb verpflanzt werden.

**Somburg (Bezirk Kassel).** Die Mehrzahl der hier beschäftigten Kollegen hält es für unbedingt erforderlich, mindestens einem der hier bestehenden Minibundvereine anzugehören und dort ihrem Vergnügen nachzugehen. Das Interesse für die gewerkschaftliche Organisation ist aber sehr gering und mancher betrachtet es geradezu für eine Schmach, unserem Verband anzugehören. Diese Zustände gefallen den Unternehmern, brauchen sie doch nicht, wie an anderen Orten, wo sie es mit organisierten Arbeitern zu tun haben, Zugeständnisse in bezug auf Lohn- und Arbeitszeit zu machen. Im Gegenteil, so wie die Dinge liegen, können sie, ohne Widerstand zu riskieren, trotz der Verteuerung der Lebensmittel noch die Löhne herabsetzen. So hat ein Meister kürzlich die wöchentliche Arbeitszeit von 60 auf 60 Stunden verlängert, zugleich aber den Wochenlohn um 2-3 Mk. gekürzt. Dabei werden die Kollegen noch in geradezu schändlicher Weise behandelt und angetrieben. Wären die Kollegen organisiert, dann wäre es ein leichtes, in den Betrieben geordnete Zustände zu schaffen. So aber müssen sie sich alles gefallen lassen. Hoffentlich machen sie aber bald auf und erkennen, daß die traurigen Verhältnisse, unter denen sie leiden, nur beseitigt werden können durch eine straffe Organisation.

**Kattowik.** Die Versammlungen werden sehr schwach besucht, besonders sind es die Kollegen aus den kleineren Werkstätten, welche nicht dorthin kommen, um zu berichten, ob auch der Tarif in allen seinen Einzelheiten innegehalten wird. Die meisten Kollegen glauben, mit dem Beitrag zahlen sei ihrer Pflicht Genüge getan, das übrige wird schon von der Lokalverwaltung und einigen Kollegen besorgt werden. Diefellen Kollegen finden wohl Zeit, in den Knäulen große Debatten zu führen, aber in den Versammlungen lassen sie große Zurückhaltung. Auch scheinen wieder Kollegen dem Alkohol während der Arbeitszeit zu fröhnen. Kollegen, laßt diese Mittel, die uns selbst am meisten schädigt. In jeder Werkstätte gibt es Kritik zu üben; in den kleineren, wo die Kollegen die Maschinenarbeit selbst verrichten, sind Unglücksfälle keine Seltenheit. Erst vor drei Wochen sind bei Veglarst zwei Kollegen verunglückt: einer hat sich die Finger abgetrennt, der andere hat die ganze Hand verloren. Die Kollegen müssen fordern, daß ständige Arbeiter an den Maschinen arbeiten sollen: Wenn Kollegen trotzdem Maschinenarbeit machen, finden sie es nicht einmal für notwendig, dieselbe bezahlt zu verlangen, wie es sich im Eldorado der Hirsche und Christen (bei Herrn Kuttscha) zugetragen hat. Ein Angebot des Arbeitgebers wurde dort von den Arbeitern, weil ungenügend, abgelehnt. Daß es aber nachdem besser geworden ist, glauben wir nicht, denn den Kollegen fehlt der Mut dazu. Wenn wir auch hier zu 90 Proz. organisiert sind, so sollen doch die Kollegen die unserer Organisation noch Fernstehenden mehr zu gewinnen suchen. Die älteren Kollegen sollten den jüngeren mit gutem Rat beistehen. Es kommt der Winter, da müssen wir erst recht zusammenhalten, um jede Umgehung des Tarifs abzuwehren zu können.

**München. (Korb in a d e r.)** Tsch wiederholter Warnung kommt es immer wieder vor, daß sich auswärtige Kollegen schriftlich an die hiesigen Arbeitgeber um Arbeit wenden. Wie es solchen Kollegen ergehen kann, lehrt folgendes Beispiel: Ein Kollege aus der Schweiz fing bei Korbmadernmeister Tolzinger an und machte Wäsche und Meßkörbe im Nord. Von den Verhältnissen am Orte hatte der Kollege keine Kenntnis, und so war es dem Arbeitgeber ein leichtes, ihn ganz gemein über's Ohr zu hauen. Mit 9, 10 und 12 Mk. Verdienst die Woche wurde der Kollege abgepeist, obwohl der garantierte Stundenlohn 45 Pf. beträgt. Erst nach längerer Zeit erhielt die Organisation Kenntnis und schritt sofort ein. Die Kolge war eine Klage beim Gewerbegericht und der Arbeitgeber mußte für die letzten 4 Wochen einen Lohnrest von 34,50 Mk. nachbezahlen. Damit derartige Fälle von Ausbeutung nicht wieder vorkommen, möchten wir die Kollegen ersuchen, sich stets an die Zahlstellenverwaltung um Auskunft zu wenden; von derselben werden auch freigeordnete Plätze vermittelt.

**München bei Grossein a. D. (Korb in a d e r.)** Die Straßener Maschinen- und Kistenfabrikation in Straßau bei Berlin, hat in ihrer hiesigen Abteilung auch eine Korbmaderei, in welcher sie hauptsächlich Demijohns und Korbflaschen, aber auch Ballontöpfe anfertigen läßt. Sind die Verhältnisse in Straßau schon schlecht, so lassen die hiesigen Zustände alles zu wünschen übrig. Auf Demijohns werden junge Leute von 14 bis 16 Jahren angelernt. Die Lehrzeit dauert 15 Wochen, und erhalten sie während dieser Zeit wöchentlich 6 Mk. Lohn. Nach der Lehre werden sie in Nord beschäftigt. Die Nordlöhne sind aber so niedrig und das Material so schlecht, daß selbst ältere Arbeiter, die schon jahrelang auf Demijohns beschäftigt sind, kaum soviel verdienen, wie bei diesen lehren Zeiten zum Lebensunter-

halt notwendig ist. Auch die Ballonforbatter sind nicht besser daran. Das Material ist oft verkauft, und der Lohn von 35 Pf. pro Stück auch lange nicht ausreichend. Alle Vorstellungen bei der Betriebsleitung haben nichts gefruchtet; es wurde uns wohl einmal Abhilfe versprochen, aber gehalten wurde das Versprechen nicht. Es ist hier eine leere Gegend. Die Kollegen sind gezwungen, in den Arbeiterwohnhäusern, die der Fabrik gehören, zu wohnen. Das nächste Dorf ist dreiviertel Stunden entfernt; will man etwas kaufen, so muß man mit der Bahn bis zur nächsten Stadt, Nothenburg, fahren. Die Verbindung ist schlecht und die Fahrt teuer. Verheiratete Kollegen, die Kinder haben, mögen es sich zehnmal überlegen, ehe sie hierher kommen. In der hiesigen Schule ist für 85 Kinder aller Altersklassen nur ein einziger Lehrer da. Die Unterrichtszeit ist höchst eine so kurze, daß von einer gründlichen Ausbildung keine Rede sein kann. Dazu kommt noch, daß in Extraktionsfällen die ärztliche Hilfe erst aus Nothenburg geholt werden muß. Wie gefährlich das bei einer plötzlichen schweren Erkrankung werden kann, kann sich jeder selbst denken. — Mit dem 1. Oktober haben wir hier eine eigene Zahlstelle unseres Verbandes gegründet. Wenn die Kollegen am hiesigen Orte fest zusammenhalten, muß es endlich gelingen, menschenwürdige Zustände zu erringen. Die reisenden Kollegen aber bitten wir, den Betrieb vorläufig zu meiden. Alle Anfragen sind an unseren Vertrauensmann, H. Rathlebe, hier selbst, zu richten.

**Reichenbach i. A.** Während in den Nachbarstädten Tengen, Auerbach, Werbau, Crimmitschau und Greiz überall gute Tarifabschlüsse erzielt sind, die Arbeitszeit um drei bis fünf Stunden verkürzt, der Stundenlohn um 5 bis 9 Pf. erhöht wurde, ist hier eine Verringerung der Arbeitsverhältnisse nicht zu bemerken. Das liegt aber nur an der Faulheit und Trägheit der hiesigen Holzarbeiter. In bürgerlichen Turn- und dergleichen Vereinen sieht herumzubringen, da gibt es genügend Zeit und auch Geld, aber eine Holzarbeiterversammlung zu besuchen, beiseite nicht. An Agitation hat es nicht gefehlt. Jeder einzelne wurde schon mehrere Male aufgesucht. Ein Teil der Kollegen glaubte, bis ans Lebensende beim Meister Arbeit zu haben. Die Enttäuschung wird nicht auf sich warten lassen. Da nun nächstes Frühjahr der Tarif abläuft, so mögen die hiesigen Holzarbeiter auf dem Posten sein, wozu man doch nicht, wie sich die Erneuerung abwideln wird. Unsere öffentliche Versammlung am 6. November war leider nicht ganz so stark besucht, als es erwünscht gewesen wäre. Aufgelegt Ruppert-Reipzig sprach über: „Unsere Lohnbewegungen und der Wert der eigenen Arbeitsvermittlung“. Sämtliche Diskussionsredner sprachen für Errichtung eines Arbeitsnachweises und wurde auch demgemäß beschlossen. Mögen die hiesigen Holzarbeiter in Zukunft besser auf dem Posten sein. Wenn sie außerdem unsere Zeitung und die Tageszeitung der Arbeiterschaft regelmäßig lesen, so werden sie auch von den Erfolgen anderer Orte unterrichtet sein, was für sie ein Ansporn zu reger Agitationsarbeit sein wird.

**Unsere Lohnbewegung. Tarifbewegung 1911.**

Mit der Beendigung der großen Aussperrung im Jahre 1907 wurde die großzügige Tarifpolitik in der Holzindustrie praktisch eingeleitet. Es wurden damals zunächst für fünfzehn Städte Verträge mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossen, die als gemeinsamen Ablaufstermin den 12. Februar 1910 erhielten. Im Jahre 1908 fanden wieder große Verhandlungen statt, die jedoch friedlich verliefen. Wieder wurden für eine größere Zahl von Städten Verträge mit einem gemeinsamen Ablaufstermin abgeschlossen. Der Arbeitgeberverband mußte auf seine Absicht, auch diese Verträge bis zum 12. Februar 1910 laufen zu lassen und so allmählich zu einem gemeinsamen Ablaufstermin für sämtliche Verträge in der Holzindustrie zu kommen, verzichten. Unsere Vertreter hielten an dreijährigen Verträgen fest, und so erhielten die im Jahre 1908 abgeschlossenen Verträge den Februar 1911 als Ablaufstermin.

Zur Jahre 1909 kam es nicht zu gemeinsamen Verhandlungen für eine größere Städtegruppe, wohl aber wurden eine Reihe von Einzelverträgen vereinbart, die entsprechend unserem Grundsatz, dreijährige Verträge abzuschließen, meist den Februar 1912 als Ablaufstermin erhielten. Mittlerweile waren die Verträge in den zur ersten Gruppe gehörigen Städten abgelaufen. Diese Gruppe hatte inzwischen eine erhebliche Erweiterung erfahren, da die Dauer der meisten im Jahre 1907 abgeschlossenen Verträge bis zum 12. Februar 1910 vereinbart worden war. So kam es, daß, als die Verhandlungen im Frühjahr 1910 beendet waren, diese Gruppe etwa 50 Vertragsorte umfaßte, deren neue Verträge bis zum Jahre 1913 laufen.

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Münchener Verbandstages, der für weiterhin die vierjährige Dauer der Tarifverträge als Norm festlegte, erhielt die Mehrzahl der nach Beendigung der großen Tarifbewegung in diesem Frühjahr abgeschlossenen Einzelverträge das Jahr 1914 als Ablaufstermin. Auf diese Weise haben wir jetzt vier Gruppen von Verträgen abgeschlossen, und bei dem derzeitigen Stand der Dinge läuft künstlich im Februar eines jeden Jahres in je einer von diesen Gruppen der geltende Vertrag ab. Da die Verträge dreimonatliche Kündigung haben, ist also jeweils im November eines jeden Jahres die Frage der Vertragskündigung in unserem Verbandsrat aktuell.

Der Kern der jetzt fälligen Vertragsgruppe umfaßt die Städte, die bei den im Jahre 1908 in Leipzig geführten Vertragsverhandlungen beteiligt waren. Die Frage, ob die Verträge zu kündigen sind, ist auch diesmal wieder vom Verbandsvorstand und in einer Konferenz der Gewerkschaften gründlich erwogen worden. Nachdem auch noch in einer Konferenz, an welcher Vertreter der in Betracht kommenden Städte teilnahmen, die Situation erörtert war, wurden die erforderlichen Beschlüsse gefaßt. Dementsprechend

wurden im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand am 11. November von unseren Kollegen die Verträge in folgenden Städten gekündigt: Elbing, Straßund, Eimünde, Breslau, Posen, Forst, Finsterwalde, Chemnitz, Aena, Flöha, Eisenach, Selmsfeld, Hamburg, Wilhelmsburg, Bremen, Neumünster, Herford, Delmold, Osnabrück, Elberfeld, Kellheim, Kirchheim u. T. und Stuttgart. In diesen Städten kommen rund 18 000 beschäftigte Kollegen in Betracht.

Mit dieser Vertragskündigung ist die Tarifbewegung des Jahres 1911 eingeleitet.

In Delmenhorst dauert der Streik in der Wagenschiffbau-Fabrik noch fort. Herr Lönjes hat sich insofern geändert, als er jetzt wünscht, seine alten Leute wieder einzustellen, jedoch verweigert er jede Verhandlung mit der Organisation oder mit einer Kommission. Die Betriebsleitung irrt sich, wenn sie glaubt, der Winter, die Zeit der Arbeitslosigkeit, würde ihre brauchbare Leute ausliefern. Wenn sie auch durch ihre freundlichen Schreiben einige herlockt, so verlassen diese lieber wieder Delmenhorst, als in Gesellschaft der Streikbrecher zu arbeiten. Welche Leistungen dieser gelben Elemente zum Versand gelangen, beweist die Tatsache, daß reichlich ein Drittel der gesamten Arbeiten zurückgekommen ist. Um diese Rücksendungen unauffällig in die Fabrik zu schaffen, wird in letzter Zeit die Nacht benutzt. Ein besonderes Zeichen für die Untauglichkeit der Arbeit ist, daß sogar ein Aktionär, als Direktor einer Berliner Automobilfabrik, die meisten Rücksendungen vornimmt. In letzter Zeit kann man wahrnehmen, wie allmählich diese Handstreifer abziehen, obgleich der Bezug nur sehr langsam ist. Ab und zu kommt noch einer von der Firma Müller in Wandsbek; diesen wird dann daselbst die Invalidentaxe abgenommen, und mit einem gelben Bigarettenband ausgerüstet kommen die Arbeitswilligen hier an. In den meisten Fällen market dann die Betriebsleitung vergebens. Auch im Arbeitsmarkt inseriert die Firma fortwährend, doch scheint sie damit wenig Erfolg zu haben, so daß sie wohl oder übel Wandsbeker Ware beziehen muß. Wegen der andauernden Rücksendungen der Autokisten wurde die Akkordarbeit verboten. Hierauf stellten die Gelben Forderungen bezüglich des Stundenlohnes; infolge Ablehnung legten fast alle Stellmacher die Arbeit nieder, so daß die Fabrik fast ohne Stellmacher dasteht. Nun ist die Firma erneut auf der Suche nach Stellmachern, die einer „sozialdemokratischen“ Organisation nicht angehören. Anfragenden malt sie den Himmel auf Erden vor und stellt dauernde Arbeit in Aussicht. Doch alles will nicht zichen. So sehen denn auch die Streikenden der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen. Sie bitten erneut, den Bezug so lange fernzuhalten, bis auch hier annehmbare Zustände geschaffen sind.

**Wer einen Einfluß auf die Gestaltung seiner Arbeitsbedingungen ausüben will, muß Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes sein. :: :: :: :: :: :: ::**

In Feuerbach bei Stuttgart wurde der Streik nach sechswöchiger Dauer zugunsten der Kollegen beendet. Es wurde ein bis zum Februar 1914 laufender Vertrag abgeschlossen, welcher sofort die 6 1/2stündige, ab 1. Mai 1913 die 5 1/2stündige Arbeitszeit bringt. Ferner im ganzen 6 Pf. Lohnerhöhung. Der Mindestlohn wurde auf 38 bezw. 43 Pf. festgesetzt. Ab 1. Mai 1913 werden diese Löhne um 2 Pf. erhöht. Der Zuschlag für Ueberzeit- und Sonntagsarbeit beträgt 20 bezw. 50 Proz. Der Vertrag enthält auch Bestimmungen über auswärtige Arbeiten, Lohnzahlung, Kündigung und Beschäftigung von Streikbrechern. Im ganzen können die Kollegen mit den erzielten Erfolgen vorläufig zufrieden sein.

In Kassel wurde die Lohnbewegung der 40 Kollegen in der Stockfabrik von Oskar Hocholl nach, ohne Streik erfolgreich zu Ende geführt. Erreicht wurde: Arbeitszeitverkürzung von 60 1/2 auf 53 1/2 Stunden die Woche. Der Minimalstundenlohn wurde im allgemeinen von 33 auf 42 Pfennig erhöht. Für jugendliche Arbeiter und für solche, die in der Stock- und Pfeifenindustrie nicht gelernt haben, unterliegt der Anfangslohn freier Vereinbarung. Alle Löhne über 42 Pf. werden erhöht auf 48 Pf., alle Löhne über 48 Pfennig auf 53 Pf. Ueberstunden werden mit 10 Pf. Extrazuschlagung bezahlt. Diesen schönen Erfolg erzielten die Stockarbeiter durch ihr einheitliches Vorgehen und weil sie bis auf den letzten Mann organisiert sind.

In Kellinghusen dauert der Streik der Pantlinenmacher unverändert fort. In verschiedenen Mättern werden Pantlinenmacher nach Kellinghusen gesucht. Die Kollegen werden gebeten, den Bezug fernzuhalten.

In Wülthausen i. Est. hat sich im Stand des Streiks wenig geändert. Die Unternehmer versuchen, durch Verendung von schwarzen Listen zu verhindern, daß die Streikenden auswärts untergebracht werden können. Auch die „freie“ Schweiz ist mit solchen schwarzen Listen beglückt worden. Viel Wert haben diese Listen aber nicht, da noch kein einziger unserer Akkordisten auf Grund dieser schwarzen Listen entlassen wurde. Wir bitten, den Bezug nach wie vor fernzuhalten.

In Baderborn befinden sich die Tischler seit dem 4. Oktober im Streik. Einzelne Meister wären wohl bereit, sich mit den Arbeitern zu verständigen, sie werden aber in den Zunmungsversammlungen von den Krautern überstimmt, die mit mit Kellinghusen arbeiten. Auch ein Fabrikant, der nur unorganisierte beschäftigt, erweist sich als recht vorbeugig. Die Herren glauben ihre Sache zu fördern, indem sie die Streikenden bei der Polizei wegen Verletzung Arbeitswilliger denunzieren. Die diesbezüglichen ergebnislosen Strafverfahren werden aber wohl vom Gericht nicht

bestätigt werden, da die mit ihnen beglückten Kollegen von den Vorgehen, die ihnen vorgezogen werden, nichts wissen. Ein schäbiges, aber zweckloses Kampfmittel ist die Verweigerung der Annahme der Beiträge zur Zunmungs-Kasse, obwohl die Kollegen sich rechtzeitig zur freiwilligen Arbeiterversicherung gemeldet haben. Es ist deshalb Beschwerde beim Magistrat erhoben. Der Kampf, bei dem es sich neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch um die Anerkennung der Organisation handelt, wird fortgesetzt. Die Meister suchen in auswärtigen Blättern Arbeitswillige. Wir bitten, auf solche Inserate acht zu geben und den Bezug fernzuhalten.

In Schmölla ist die Lohnbewegung der Knopfdressler mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet. Es ist ein Lohnvertrag vereinbart, der am 5. Dezember in Kraft tritt. Dieser bester die Branchen, die bisher unter dem Einheitstarif standen, derart auf, daß sich für diese Arbeiter, und das ist die Mehrzahl aller, eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 7 1/2 Proz. ergibt. Das Cellulose bei Nachtarbeit wird abgelöst. Akkordarbeiterinnen erhalten künftig für bestimmte Reinigungsarbeiten, die bisher umsonst gemacht werden mußten, pro Stunde 20 Pf. Lohn. Für Rüsse-, Horn- und Späneabladen wird der Stundenlohn um 5 Pf. erhöht. Die Arbeitszeit wird von 50 1/2 auf 58 1/2 Stunden herabgesetzt. Die Lohnzahlung wird von Sonnabend auf Freitag verlegt. Mit der Firma Niedmann, bei der die Hornknopfdressler im Streik standen, ist ebenfalls eine Einigung erzielt und daher der Streik aufgehoben worden. So bilden denn die Schmöllner Knopfarbeiter auf eine Lohnbewegung zurück, deren günstigen Abschluß sie ihrer guten Organisation zu danken haben.

**Ausland.**

In Reichenberg in Böhmen stellten die Tischler im Mai bei einigen Firmen die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche und eine kleine Lohnerhöhung. Infolge deren Ablehnung traten die Arbeiter in den Streik. Obwohl die Vereinigung der Holzverarbeitenden Gewerbe sich der bestreikten Firmen sehr annahm, konnte sie selbst mit Hilfe der Wiener Scharfmacher nicht verhindern, daß einige Unternehmer die Forderung der Arbeiter bewilligten. Nach fast fünf Monaten gab die Vereinigung ihren Standpunkt auf und überließ es großzügig ihren Mitgliedern, mit ihren Arbeitern Vereinbarungen zu treffen. Zu dieser Kapitulation verweigerte sich die Vereinigung allerdings erst, als bei einer Reihe von Unternehmern die gleichen Forderungen ohne Anstand bewilligt worden waren. Aus Rache für die erlittene Niederlage versuchten die Führer der Unternehmer mit Hilfe der Polizei den Arbeitern ihren Sieg zu vergällen. Man verhängte nun auf Grund des Patentes vom Jahre 1852 Polizeistrafen über alle, welche in der Nähe einer streikenden Werkstätte erwischt werden und begründet dies damit, daß das Streikpostenstehen verboten ist. (Der Minister des Innern hat aber im Parlament erklärt, daß das friedliche Streikpostenstehen gestattet ist.) Die Kollegen werden mit Geldstrafen bis zu 100 Kronen bedacht, selbst wenn es erwiesen ist, daß sie nicht Posten stehen, sondern nur an der Werkstätte vorübergehen müssen, weil sie zufällig in derselben Gasse wohnen. Die Polizei will mit den Strafen gleichzeitig die Organisation treffen. Die Clique glaubt wahrscheinlich die Arbeiter durch solches Vorgehen zu Unbesonnenheiten zu provozieren, um dann „energischer“ einschreiten zu können. Die Findigkeit und Brutalität wird aber an der Solidarität der Streikenden zu scheitern werden. Bezug ist noch bis auf weiteres fernzuhalten.

In Dornbirn (Vorarlberg) stehen die Tischler seit elf Wochen im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Unter dem Einfluß der Textilbarone haben die Unternehmer teils her Verhandlungen abgelehnt. Dafür aber suchen sie besonders aus Deutschland Streikbrecher heranzuziehen. Wislang ist nur einer gekommen und den hat ein Inserat im „Schwarzwälder Boten“ verlockt. Die Verhältnisse am Orte sind aber keineswegs so verlockend, wird doch hier z. B. im Akkord gezahlt für Nachtlässchen 1,20 Kronen, doppelter Kleiderkasten 3,30 Kronen, großer Küchenschrank 0,50 Kronen, lannener Zimmerstisch 1,80 Kronen usw. Die Streikenden bitten deshalb die deutschen Kollegen um Unterstützung durch Fernhaltung des Bezuges.

**Aus der Holzindustrie.**

**Die Tarifverträge in der Holzindustrie.**

Die Tarifverträge gewinnen, wie im allgemeinen so auch in der Holzindustrie immer mehr an Bedeutung. Dementsprechend wird auch der Statistik der Tarifverträge von unserer Verbandsleitung fortgesetzt größere Aufmerksamkeit gewidmet. In den Jahrbüchern des Verbandes werden nicht nur die wichtigeren Tarifverträge im Wortlaut abgedruckt, sondern auch die wesentlichen Daten aus dem Inhalt der Verträge tabellarisch dargestellt.

Wir haben nun nachstehend aus dieser Zusammenstellung in den beiden letzten Jahrbüchern eine Tabelle aufgestellt, aus der zu ersehen ist, wie sich die Tarifverträge auf die einzelnen Branchen verteilen und welche Mitliederzahl diese Berufe zu der gleichen Zeit dem Verbands stellen. Zu bemerken ist, daß die Verträge der Tischler fast ausnahmslos für alle in Tischlereibetrieben beschäftigten Personen gelten, insbesondere auch für die Kattierer, Maschinenarbeiter und Drechsler, weshalb diese vier Gruppen nur zusammengefaßt zum Vergleich gezogen werden können. Ferner ist zu beachten, daß als vom Verträge erfaßt natürlich alle beschäftigten Holzarbeiter gezählt sind, also nicht nur die Organisierten.

Als einzige Branche, welche keine Verträge aufzuweisen hat, erscheinen die Modelltischler, da aus den schon angeführten Gründen die Kattierer in diesem Falle den Tischlern zuzuzählen sind. Der Grund dürfte zum Teil darin liegen, daß die Modelltischlereien vielerorts Nebenbetriebe der jetzt noch tariflose Metallindustrie sind. Im laufenden Jahre sind allerdings Verträge mit Modelltischlereimeistern in Stuttgart und in Berlin abgeschlossen worden.

Im Vergleich zur Mitgliederzahl gering erscheint die Zahl der Tarifverträge und der ihnen unterstehenden Arbeiter in der Musikinstrumentenindustrie. Auch hier ver-

hielten sich die Fabrikanten seither vielfach ablehnend, doch haben anfänglich der diesjährigen Tarifbewegung die großen Leipziger Fabriken ihren Anschluss an den allgemeinen (Tischler-) Vertrag vollzogen. Auch an einzelnen anderen Orten unterziehen die Mäpferfabriken dem Tarifvertrag der Tischler, so daß zum Teil auch für die Musikinstrumentenindustrie gilt, was bereits für Kolierer, Maschinenarbeiter und Drechsler gesagt ist. Meistlich dürfte es mancherorts bei den Kistenmachern liegen.

Umfang der Tarifverträge und Mitgliederzahl des Verbandes.

Beruf	31. Dez. 1908			31. Dez. 1909			Verbandsmitglieder
	Tarife	Be-triebe	Ar-beiter	Tarife	Be-triebe	Ar-beiter	
Büchsen- und Stodarbeiter	21	110	2309	18	168	1867	3180
Schirmmacher	4	18	884	4	19	884	1024
Knopfmacher	8	15	354	7	17	400	1038
Perlmutterarbeiter	1	1	124	1	1	124	871
Kammacher	20	128	672	27	120	701	2300
Korbmacher	2	3	235	3	4	243	985
Korbschneider	28	842	1881	32	270	1087	4322
Stellmacher	807	9224	74957	840	10180	81391	80287
Pollierer							5729
Maschinenarbeiter	8	63	621	4	64	647	10314
Drechsler	10	80	426	10	87	414	4925
Klaviermacher							9188
Instrumentenarb.	8	25	827	9	44	1116	2185
Schuhmacher	9	25	928	8	24	868	4491
Modelltischler							894
Partettischler	14	72	665	15	84	876	2064
Vergolber, Gold- u. Politureistenarb.	5	65	417	6	70	526	240
Pantinenmacher	3	15	90	3	15	90	1954
Kistenmacher	3	22	289	4	23	309	6261
Diverse	10	51	1015	12	53	1091	151827

Besonders nahe kommen sich Mitgliederzahl und Zahl der unter tariflichen Bedingungen Arbeitenden bei den Korbschneidern, doch liegt dies darin, daß leider noch der größere Teil der Berufszugehörigen der Organisation überhaupt fern steht, während ein geringerer Teil dem Fabrikarbeiterverband angehört. Bei den Partettischlern ist das günstige Verhältnis durch die Eigenart der Arbeit — ausschließlich Akford gleicher Art, dabei stets außerhalb der Betriebsstätte des Unternehmers — beeinflusst.

Die Gesamtzahl der den Tarifverträgen unterstehenden Arbeiter ist von 85 699 in 10 259 Betrieben zu Ende 1908 auf 92 280 in 11 251 Betrieben ausgangs 1909 gestiegen. (Die geringe Differenz gegen die in Nr. 41 Seite 342 genannten Zahl beruht darauf, daß nach Abschluß des Berichtes an das Statistische Amt noch eine Änderung vorgenommen werden mußte.) Der Wert der Tarife liegt aber weniger in der Zahl der ihnen Unterstehenden als in ihrer örtlichen Vorherrschaft und vor allem in ihrem Inhalt. Insbesondere hat die vereinbarte unter dem Vertrag zu erreichende kürzeste Arbeitszeit Bedeutung. Diese betrug nach dem Stand der Verträge am 31. Dezember.

Über 48 bis	1908		1909	
	48 Wochenstunden	für Personen	für Personen	201
51	17 710	32 247	17 730	38 764
54	24 080	9 425	22 648	10 459
57	62	74		

Die Entwicklung zeigt, wie hier Schritt für Schritt Terrain gewonnen wird. Die ganze Zunahme der Personenzahl im Jahre 1909 ist fast ausschließlich der kürzeren Arbeitszeit zugute gekommen.

Die in den Verträgen festgelegten Arbeitslöhne können in der summarischen Behandlung nur in der Form des niedrigsten Vertragslohnes gemündigt werden. Diese Zahlen lassen somit nur sehr bedingte Schlüsse zu, da ja nicht die wirklich gezahlten Löhne zum Ausdruck kommen. Immerhin zeigen die erheblichen Unterschiede, daß es noch recht vieler Organisationsarbeit bedarf, um allen Holzarbeitern zu einem einigermaßen auskömmlichen Verdienst zu verhelfen. Beträgt doch laut Tarif der niedrigste Lohnsatz für Dollarbeiter 25 Pf. pro Stunde bei den Büchsenmachern in Qualenbrück, der höchste dagegen 85 Pf. bei den Partettischlern und 80 Pf. bei den Saitenmachern in Berlin. Der Wochenabschlag ist in der Berliner Jünnenausbaubranche mit 33 Mk., in einer Tischfabrik in Langensfelds niedriger mit 15 Mk. normiert. Der niedrige Lohn der jüngeren Arbeiter ist in Jugoslawien mit 1,70 Mk. im ersten und 2,70 Mk. im zweiten Gesellenjahre, in Leipzig dagegen mit 45 Pf. im zweiten Gesellenjahre festgesetzt. Bei der Tarifverneuerung 1910 sind diese Orte auf 20 und 33 bzw. 47 Pf. gelangt. Die Unterschiede sind also noch recht erhebliche.

Diese Unterschiede sind auf die verschiedensten Gründe zurückzuführen. In erster Linie sind sie natürlich beeinflusst durch den Unterschied in den Kosten der Lebenshaltung, aber auch das Alter und der Stand der Organisation spielt eine bedeutende Rolle. Wo die Kollegen lange Zeit hindurch dem Verbands gleichgültig gegenüberstanden, dann läßt sich, wenn sie sich endlich ihrer Organisationspflicht erinnern, das lange Versäumte meist nicht auf einmal nachholen. Es muß auch hier Schritt für Schritt vorwärts marschiert werden, um den Unterschied allmählich auszugleichen.

So nämlich die Tarifverträge auch sind, so verkehrt wäre, wollten wir alles Heil von ihnen erwarten und im Vertrauen auf den Tarifvertrag die Organisation vernachlässigen. Sowohl der Inhalt des Vertrages als auch seine Durchföhrung ist sehr wesentlich abhängig von der Stärke

der Organisation und der Schlagfertigkeit ihrer Mitglieder. Deshalb darf auch nach dem Abschluß des Tarifvertrages keine Ruhepause im Verbande eintreten. Im Gegenteil. Die Agitationsarbeit muß dann aufs neue befeuert, das Verständnis für das Wesen der Gewerkschaftsarbeit muß bei den Mitgliedern vertieft und ganz besonders muß peinlich über die strikte Durchführung der Vereinbarungen gewacht werden. Das ist die beste Vorarbeit für den nächsten Vertragsabschluß. Je enger wir in diesem Sinne arbeiten, mit desto größerer Befriedigung werden wir den Inhalt der Verträge registrieren und desto höher wird die Genugtuung sein, mit welcher wir die Fortschritte des Vertragswesens in der Holzindustrie überblicken.

Der nordamerikanische Verband der Bauhölzerer und Zimmerer (United Brotherhood of Carpenters and Joiners of America) hielt vom 19. bis 30. September seinen Verbandstag in Des Moines im Staate Iowa ab. Der Verband ist im Jahre 1881 mit 2042 Mitgliedern in 12 Lokalunions (Ortsvereinen) gegründet worden und zählte 1908 bereits 1906 Ortsvereine mit 178 503 Mitgliedern. Jetzt ist die Mitgliederzahl auf 200 712 angewachsen. Die Aufnahmegebühr beträgt mindestens 5 Dollar (= 21 Mk.), wird allerdings von Mitgliedern europäischer Verbände beim Uebertritt nicht verlangt. Wie wir der „New Yorker Volkszeitung“ entnehmen, wurde der Verbandstag eingeleitet durch einen Festzug der Baugewerkschaften und neben anderen Begrüßungsansprachen auch einer solchen des Gouverneurs des Staates Iowa. In den Verhandlungen selbst schienen die Geschäftsordnungsdebatten einen großen Raum eingenommen zu haben, wie dem deutschen Gewerkschaftler auch einige Verhandlungsgegenstände recht heftig anmuteten. So z. B. die Frage, ob ein Bild der Verbandsangehörigen im Hauptbureau aufgehängt werden soll. Die Wahl der Ortsvereine von Mitgliedern europäischer Verbände der Mitglieder, zu welchem Zwecke der Verbandstag Stimmengähler wählte, die sich im November eine Woche lang in Indianapolis, dem Sitze des Verbandsvorstandes, aufhalten müssen. Sonderbar berührt ein Antrag, der allerdings abgelehnt wurde, bis zur Erledigung dieser Wahl die Ortsvereine von ihren Pflichten gegen die Zentrale zu entbinden. Beschlossen wurde, daß künftig als Delegierter nicht wählbar ist, wer in den letzten drei Monaten vor dem Verbandstage als Organisator (Angestellter) vom Verbandsamt beschäftigt wurde.

Auch der Kampf um die Frage der politischen Betätigung der Arbeiterchaft trat in Erscheinung. Bei einem Kommerz erklärte ein Redner unter großem Beifall, „den Sozialismus als die einzige Lösung allen Trabels, welcher derzeit die Gesellschaft heimsucht“, während ein anderer „alles, was er nötig hat“ in der vollgezählten Gewerkschaftsartel sieht. Der Verbandstag lehnte zwar eine den Sozialismus empfehlende Resolution ab, erklärte sich aber für die politische Gleichberechtigung der Geschlechter und empfahl überall für die Erlassung von Haftpflichtgesetzen zu agitieren. Ein Antrag, den Lokalunions zu gestatten, Gelder für unabhängige Arbeiterparteien zu bewilligen, ward abgelehnt. Die Delegierten zu den Baugewerkschaften und zu der Federation of Labor (Generalcommission der Gewerkschaften) sollen dafür eintreten, daß innerhalb der Vereinigten Staaten für jeden Beruf nur eine Organisation anerkannt wird. Vorbehaltlich einer vorzunehmenden Abstimmung werden die Beiträge erhöht und zwar für Mitglieder, die an allen Wohlfahrts- (Unterstützungs-) einrichtungen Teil haben wollen, auf 75 Cent, für alle übrigen Mitglieder auf 50 Cent pro Monat (100 Cent = 4,20 Mk.). Außerdem soll die Schaffung eines großen Verteidigungsfonds in Erwägung gezogen werden.

Der Internationalen Union der Holzarbeiter mit ihren Gegenseitigkeitsverpflichtungen sind die in Frage kommenden Gewerkschaften Amerikas seither nicht angeschlossen. Leider scheint auch auf dieser Tagung der Bauhölzerer der Anschluß gar nicht berührt worden zu sein.

Eine Submissionsblüte. Vor kurzem wurden die Schreinerarbeiten zu 18 Wohngebäuden der Militärarbeiter-Baugenossenschaft in Jugoslawien öffentlich vergeben und dabei von 10 Schreinermeistern Offerten eingereicht, die geradezu unbegreifliche Differenzen aufwiesen. So forderte die Firma Seydeder in Komplen 39 970,22 Mk., Schreinermeister Schuetter in Jugoslawien dagegen nur 24 917,70 Mk. Die übrigen Angebote der Jugoslawier Meister bewegten sich innerhalb dieser beiden Grenzen. Eine Differenz zwischen Höchst- und Mindestangebot beträgt also 15 052,52 Mk.; eine Summe, die jedenfalls Bedenken erregen muß, zumal jährige Garantie, erstklassige Arbeit und aktreines Material gefordert wurde. Kostentilgung geht es dem Jugoslawier Meister, der den Zuschlag erhielt, nicht wie jenem, der vor kurzem Schreinerarbeiten nach München lieferte, die ihm aber wieder zurückgegeben wurden, weil sie zu schlecht ausgeführt waren und weil der Magistrat zu München Häuser mit solcher Schundarbeit nicht mit Waukapital betreiben wollte. In München hat das Vorgehen der Holzarbeiter gegen solche Schundarbeit schon etwas geholfen. Es scheint aber, daß die Jugoslawier Schreinermeister auch erst durch Schaden klug gemacht werden müssen.

Die Korbmachermeister müssen sich dem Bund der Landwirte anschließen. Diesen Vorschlag machte ein hiebrerer Korbmachermeister auf der kürzlich in Opatowitz abgehaltenen Versammlung des oberösterreichischen Korbmacherverbandes. Er wurde dafür nicht etwa ausgelacht, sondern die braven Krauter legten der Versicherung, daß der Bund der Landwirte dem Korbmachergerwerbe ein reges Interesse entgegenbringe, eine solche Bedeutung bei, daß sie beschloßen, sich zur Vinderung ihrer Zollschmerzen unter anderem auch an den Bund der Landwirte zu wenden. Bekanntlich ist der Bund der Landwirte die Interessenvertretung der selbständigen Junker, die in rückstichloser Wahrnehmung ihrer Profitinteressen auf die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse bedacht sind. Mit seiner gemeinschaftlichen Politik, die ausschließlich das Ziel verfolgt, die Großgrundbesitzer zu bereichern, hat der Bund der Landwirte es so weit gebracht, daß sich sogar gut konservativ Kreise von ihm loszogen. In dieser Not wird es ihm gewiß zur ganz besonderen Freude gereichen, daß er doch noch eine sichere Stütze hat: die wackeren oberösterreichischen Korbmachermeister.

## Gewerkschaftliches.

Christliche Agitationspraxis. Man hat es bisher als einen selbstverständlichen Gewerkschaftsgrundsatz angenommen, sich bei der Agitation an die Arbeiter zu wenden. Diese will man sammeln, um mit vereinter Kraft den Unternehmern die Zugeständnisse abzugewinnen, die sie dem einzelnen Arbeiter, der mit seinem Anliegen an sie herantritt, nie gewähren würden. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften stehen die gelben Organisationen, die nicht die Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter erstreben, sondern nur die Interessen der Unternehmer wahrnehmen wollen. Wenn sich gelbe Vereine an die Unternehmer wenden, damit sie ihnen Mitglieder zutreiben, dann wird man das, bei der Aufgabe, die sich die Gelben gestellt haben, begreiflich finden. Auffällig ist es aber, wenn eine Organisation, die vorgibt, gewerkschaftliche Ziele zu verfolgen, bei ihrer Agitation die Hilfe der Unternehmer in Anspruch nimmt. Diese gelbe Methode wenden aber die christlichen Gewerkschaften an, wie das nachstehende Zirkular beweist:

Ortsartell der christl. Gewerkschaften Stuttgart-Gannstatt Landhausstr. 41.

Stuttgart-Gannstatt, den 28. Okt. 1910.

B. W.

Das Ortsartell der christlichen Gewerkschaften hier erlaubt sich hiermit, Sie oder einen anderen Vertreter Ihrer Vereinigung zu der am Samstag, den 6. November d. J., abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Gasthauses Zum Römischen König, Holzstraße 8, II. Stock, hier stattfindenden Versammlung freundlich einzuladen.

Tagesordnung: „Arbeitgeber und christliche Gewerkschaften“. Referent: Herr Paul Krug, Sekretär in Stuttgart. Nach dem Vortrage findet eine Diskussion statt.

In dieser Versammlung handelt es sich nicht darum, bestimmte Forderungen hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im besonderen zu vertreten. Es soll vielmehr zunächst über das Wesen und die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften gesprochen und auch die Frage ganz besonders erörtert werden, ob es nicht im Interesse der Arbeitgeber selbst liegt, wenn sie den auf dem Boden der christlich-nationalen Weltanschauung, staats-treuer und patriotischer Gesinnung stehenden Arbeiterorganisationen eine erhöhte Aufmerksamkeit schenken.

In der angenehmen Hoffnung, Sie in unserer Versammlung begrüßen zu können, zeichnet mit aller Hochachtung

Gustav Wahl, Artellvorsitzender.

Dieses Zirkular ist an Stuttgarter Unternehmer versandt. Diese sollen für die christlichen Gewerkschaften interessiert werden, ihnen will der samole Gewerkschaftssekretär Krug beweisen, daß der Anschluß der Arbeiter an die christlichen Gewerkschaften den Unternehmern zum Vorteil gereicht. Wir haben keinen Anlaß, an der Richtigkeit der Behauptung zu zweifeln, die der christliche Redner umständlich beweisen will. Um so notwendiger aber ist es, daß die Arbeiter, die ihre eigenen Interessen wahrnehmen wollen, den christlichen Gewerkschaften fernbleiben, die nach eigenem Geständnis Sachwalter der Unternehmerinteressen sind.

Die tschechisch-slawischen Gewerkschaften haben nun auch, und zwar vom 30. Oktober bis 1. November, ihren Sonderkongress abgehalten. Die Neben, die auf diesem Separatistenkongress, der in Prag tagte, gehalten wurden, lassen eine große Geneigtheit zur Verständigung nicht erkennen. Bezeichnend ist in der Beziehung eine Aeußerung des Führers der tschechischen Separatisten, des Abgeordneten Nemeč, welcher erklärte: „Ich meine, daß diese Verständigungskonferenzen einen sehr kurzen Verlauf nehmen werden. Die deutschen Genossen haben uns ihr Programm auf dem Wiener Gewerkschaftskongress kundgetan, und wenn sie uns dieses Programm vorlegen werden, werden wir einfach sagen, daß wir auf etwas Derartiges nicht eingehen können, und die Verständigungskonferenzen werden zu Ende sein.“

Seinen Standpunkt zur Verschmelzungsfrage präziserte der Kongress in einer sehr langen Resolution, in welcher es u. a. heißt: „Die selbständigen tschechischen Gewerkschaftsverbände sind aus rein gewerkschaftlichen Bedürfnissen, aus den praktischen Bedürfnissen der Bewegung entstanden und wurden durch den Willen des tschechischen Proletariats geschaffen. An dieser unerschütterlichen und unabänderlichen Grundgebung des Willens der tschechischen Arbeiterchaft — und gegeben durch die legalen Beschlüsse der Mitglieder und der Vertrauensmänner — kann und wird der Kongress nichts ändern. Er wendet sich aber auch nicht gegen jene Zentralorganisationen, die die oben erwähnten Bedingungen erfüllen und in denen sich die tschechische Arbeiterchaft auf der Basis einer bestimmten Autonomie gedeihlich entwickeln kann. Ebenso beharrt er mit Nachdruck auf den Beschlüssen der früheren Kongresse, durch welche die tschechische Gewerkschaftskommision als einzige berechtigte Zentrale der tschechischen Gewerkschaftsbewegung erklärt wurde.“ Weiterhin wird in der Resolution der Geneigtheit, in Verhandlungen über eine Verständigung einzutreten, Ausdruck gegeben, zugleich werden aber auch die Grundlagen für die Verständigung in einer Weise präzisiert, die es allerdings wahrscheinlich macht, daß die Verständigungskonferenz sehr schnell resultatlos auseinandergehen wird.

Nach dem Bericht des separatistischen Gewerkschaftssekretärs Steiner gehören den tschechischen Organisationen 42 000 Mitglieder an. Das ist nur eine Minorität der organisierten Arbeiter tschechischer Nationalität, denn auf dem Kongress selbst wurde angegeben, daß Dr. Adler berechtigt gewesen sei, in Kopenhagen zu erklären, daß er im Namen von 118 000 tschechischen Arbeitern spreche. — Sind nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge die

Aussichten für eine Verständigung in dem österreichischen Gewerkschaftsrecht auch recht trübe, so wollen wir doch die Hoffnung nicht aufgeben, daß es gelingen möge, den ungeliebten Streit in befriedigender Weise beizulegen.

Sind Tarifverträge stempelsteuerpflichtig? Anscheinend um eine Entscheidung über diese Frage herbeizuführen, hatte der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe dem preussischen Finanzminister je ein Muster des „Hauptvertrages“ und eines (örtlichen) „Vertrages“ eingereicht. Der Finanzminister hat darauf geantwortet, daß der Hauptvertrag der Steuer nicht unterliege, weil ihm die „protokollarische Erklärung“ zu § 5 angefügt ist: „Mit dem Ausschluß des Rechtsweges soll, nach den übereinstimmenden Erklärungen der Parteien, auch die Geltendmachung irgendwelcher vermögensrechtlicher Ansprüche aus dem Vertrage ausgeschlossen sein.“

Abgesehen von der Tatsache, daß das Finanzministerium die untrennbar zusammengehörigen Vertragsmuster des Baugewerbes „Hauptvertrag und (örtl.) Vertrag“ trennt, um zu einer Steuerpflicht zu gelangen, interessiert uns lediglich die Begründung des Entschlusses. Diese liegt darin, daß ein Tarifvertrag dann nicht steuerpflichtig ist, wenn aus ihm vermögensrechtliche Ansprüche (der Vertragschließenden untereinander) nicht geltend gemacht werden können. Das dürfte bei den bestehenden Tarifverträgen allgemein zutreffen, noch zweckmäßiger wäre es, wenn die Parteien dazu kämen, eine solche Bestimmung ausdrücklich in die Verträge aufzunehmen.

**Polizeiliches und Gerichtliches.**

**Madbod.** Zwei Jahre sind nunmehr verfloßen, seitdem die Schreckenskunde von dem Massenunglück, welches sich am 12. November 1908 auf der zum Hufschloßrevier gehörenden Grube Madbod ereignet hat, die Welt durchwehte. Die Staatsanwaltschaft hat natürlich sofort Untersuchungen über die Ursache der Katastrophe eingeleitet, bei welcher 340 Bergleute ihren Tod fanden. Diese Untersuchungen sind jedoch bis heute nicht abgeschlossen und man darf bezweifeln, daß dabei überhaupt etwas herauskommt. Dagegen haben Staatsanwaltschaft und Gerichte sehr fleißig gearbeitet, um die schlechten Menschen zu fassen, die den Verdacht äußerten, daß die Betriebsrichtungen und die Aufsicht an dem Unglück nicht ganz unschuldig gewesen seien. Die Zechenverwaltung hat in verschiedenen Fällen erreicht, daß leitende Bediente wegen Verleumdung bestraft wurden. Selbstverständlich wurde auch gegen den Redakteur der „Vergarbeiterzeitung“, welche eine sehr gründliche Kritik der Betriebsrichtungen gebracht hatte, Anklage erhoben. Bei der Verhandlung, die vor einem Jahre stattfand, erfolgte auch prompt die Verurteilung zu 300 Mk. Geldstrafe. Man hatte die Beweisführung lediglich auf zwei Zeilen des langen Artikels beschränkt. Nämlich auf die Behauptung, der Zechendirektor Andree hätte bei den Rettungsarbeiten geäußert: „Wer lebt, der lebt, wir müssen heraus.“ Der Direktor hatte das als den Vorwurf der Feigheit empfunden und sich beleidigt gefühlt.

Dieses Urteil wurde auf erhobene Revision vom Reichsgericht aufgehoben und der Prozeß an das Landgericht Bochum zurückverwiesen. Dabei hatte das Reichsgericht entschieden, daß sich die Beweisführung nicht nur auf die eine Stelle, sondern auf alle in dem inkriminierten Artikel erhobenen Vorwürfe zu erstrecken habe. Diese erneute Verhandlung fand nun Ende Oktober statt. Die Beweisführung in dem Prozeß, der sich neun Tage lang hinzog, war diesmal sehr gründlich, aber die beleidigte Zechenverwaltung dürfte von ihr ebenfalls wenig erbaut gewesen sein, als die Aufsichtsbehörde. Wurden doch die argsten Missetaten auf der Grube nachgewiesen. So unter anderem, daß die unbedingt erforderliche Verriegelung vielfach unterbleiben mußte, weil die Wasserleitung sehr häufig versagte. In der Grube gab es häufig Schlagwetteransammlungen, von welchen jedoch im Wetterbuch, in welches der kontrollierende Beamte seine Eintragungen zu machen hatte, nichts bemerkt war. Ebenso falsch wie das Wetterbuch wurden die Lohnlisten geführt. Lohnherabsetzungen, die zu falopper Arbeit zwangen, waren an der Tagesordnung. Dazu wurden sehr viele ungenügend ausgebildete Arbeiter in der Grube verwendet, wodurch die an sich schon vorhandenen Gefahren noch bedeutend gesteigert wurden.

Der angeklagte Redakteur wurde zwar wiederum zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt, aber der eigentliche Verurteilte in dem Prozeß ist die Zechenverwaltung. Nebrigens ist das Urteil so widerspruchsvoll, daß erneut Revision angemeldet wurde.

Gegen die gewaltsame Auslegung des § 135 der Gewerbeordnung hat das Hanseatische Oberlandesgericht ein Urteil gefällt, welches für die gesamte Gewerkschaftsbewegung von Bedeutung ist. Es verdient um so mehr registriert zu werden, als es nicht nur in scharfem Widerspruch zu der sonst üblichen Gepflogenheit der Gerichte steht, den emulösen Paragraphen recht weit auszuliegen, sondern auch ein Verständnis für die Bedürfnisse des praktischen Lebens zeigt, welches man im allgemeinen bei unserer Rechtsprechung gar zu häufig vermißt. Es handelt sich um folgenden Fall:

Auf einem Neubau in Hamburg wurde ein inorganischer Bauhilfsarbeiter beschäftigt. Einer der Bauarbeiter bewog nun seine Kollegen zu dem Beschluß, das Zusammenarbeiten mit dem Inorganisierten zu verweigern, wenn dieser nicht binnen einer bestimmten Frist dem Verbandsbeitritt zustimmte. Da er seinen Beitritt verweigerte, schied der Unternehmer zur Entlassung des Inorganisierten, um das Liegenlassen des Baues zu verhüten. Auf Grund dieses Tatbestandes wurde Aufhänge wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung erhoben. Das Schöffengericht sprach jedoch den Angeklagten frei. Auf die vom Staatsanwalt

eingelegte Berufung kam die Strafkammer zu einer Verurteilung mit der Begründung, daß der § 153 verletzt sei, weil die Aufforderung zum Verbandsbeitritt gelegentlich einer Aussperrung erfolgte.

Dieses Urteil wurde vom Oberlandesgericht aufgehoben und der Angeklagte sofort freigesprochen, weil der § 153 der Gewerbeordnung zu Unrecht angewandt sei. Das Oberlandesgericht stellte sich hierbei auf den Standpunkt, daß als eine „Verabredung zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ im Sinne des § 153 nur eine solche verstanden werden kann, durch welche in einem entbrannten oder wenigstens in Aussicht genommenen Kampfe die Bewilligung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen angestrebt wird. Der Verband an sich läßt sich als eine solche Verabredung nicht auffassen, deshalb erscheint die mit dem Vorlaut des § 153 der Gewerbeordnung unvereinbare Auslegung einer Bestimmung auf den vorliegenden Tatbestand unzulässig. Das Oberlandesgericht führt dann weiter aus, daß mit dem an den Inorganisierten gerichteten Verlangen zum Beitritt in den Verband dessen Ehre nicht angetastet wurde. Es handelt sich dabei nicht um eine Kündigung gegen seine Ehre, sondern ganz allein um die Verhängung eines wirtschaftlichen Nachteils, die im gewerblichen Leben der Gegenwart so gebräuchlich geworden ist, daß sie auch in unbeteiligten Kreisen verstanden wird und nicht ohne weiteres auf die Ehre des Betroffenen einen Makel wirft.

Wenn man sich vergegenwärtigt, mit welcher heftigen Emission die Gerichte sonst bestraft sind, die lokale Agitations-tätigkeit der Gewerkschaften als strafbare Handlungen zu qualifizieren, so ist dieses Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts doppelt erfreulich. Hat doch sogar das Reichsgericht schon entschieden, daß mit ähnlichen Versuchen, Mitglieder für die Organisation zu gewinnen, der Tatbestand des § 153 der Gewerbeordnung erfüllt ist, ganz zu Schweigen von der Kennzeichnung dieses Tatbestandes als einer strafbaren Exzession mit der Begründung, daß die dem Verband geleisteten Beiträge einen rechtswidrigen Vermögensvorteil darstellten, der durch eine rechtswidrige Handlung erlangt ist. Ob die vernünftige Ansicht des Hanseatischen Oberlandesgerichts nun allgemein von den Gerichten anerkannt werden wird, ist noch keineswegs gewiß. Man wird deshalb auch künstlich gut tun, den schmutzigen Elementen gegenüber, welche wohl die von der Organisation erlangenen Vorteile genießen, aber eine Verpflichtung gegen diese Organisation nicht anerkennen, mit der nötigen Vorsicht zu operieren.

**Technisches.**

Zeitschrift für Solzarbeiter. Das sechste erschienene Novemberheft erfüllt einen vielfach geäußerten

Wunsch unserer Bauhilfskollegen, indem es eine mit Beispielen belegte Abhandlung über die Kalkulation von Bauhilfsarbeiten aus der Feder des Fachlehrers Anger, eines Spezialisten auf dem Gebiete, bringt. Für die Möbelkünstler behandelt O. Wintemüller die Ausgestaltung in ihren verschiedenen Konstruktionsmöglichkeiten; die Drechsler dürften der Abhandlung „Von der alten Drechkunst“ besonderes Interesse entgegenbringen, zeigt sie doch in Wort und Bild, welche schwierigen Aufgaben bereits vor 200 Jahren die Meister der Kunst mit ihren bescheidenen Hilfsmitteln zu lösen vermochten. In Ergänzung der Verbandszeitschrift des Fachblattes enthält das Heft noch einige Aufsätze und Federzeichnungen von der Gotik im Münchener Rathaus. Außerdem werden noch wertvolle Anregungen über die Anfertigung von Kleinmöbeln, nach denen alljährlich um die Weihnachtszeit die Nachfrage steigt, gegeben.

Das Fachblatt für Solzarbeiter erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Vertriebsstellen des Deutschen Solzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 2.

**Literarisches.**

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Solzarbeiterverbandes, Berlin C 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

**Die Gewerkschaften.** Wesen, Aufbau, Kampfmittel und Ziele der österreichischen und deutschen Gewerkschaften. Vortragsdispositionen von Adolf Braun. Wien, Verlag von Robert Danneberg.

Die Zentralstelle für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich beabsichtigt, eine Reihe von Unterrichtsleitungen zu veröffentlichen. Auf Grund ausführlicher Dispositionen soll es den Genossen möglich werden, Vorträge, Vortragszyklen und Unterrichtskurse auszuarbeiten. Das erste Heft dieser Sammlung liegt nun vor, und es ist zu erwarten, daß es lebhaftes Interesse erregen wird. Die Broschüre gibt das Gerippe zu 16 Vorträgen über das Gewerkschaftswesen; sie enthält einen ausführlichen Literaturnachweis und Maßschläge zur Zusammenstellung von verschiedenen Vortragszyklen auf Grund der gegebenen Dispositionen. Die 64 Seiten starke Schrift kann von gewerkschaftlichen Organisationen zum ermäßigten Preise von 40 Hellern = 40 Pf. direkt vom Verleger Wien V, Wienerstraße 89a, bezogen werden. Durch den Buchhandel bezogen beträgt der Preis 1 Krone.

Im Verlag von J. S. W. Dieckhoff in Stuttgart ist sechsen erschienen: Die Vergarbeiter. Historische Darstellung der Vergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit. Von Otto Hue. Erster Band. VII

**Arbeitslosigkeit im Monat Oktober 1910.**

Gau	Zahl der Mitglieder im Monat	Zahl der Mitglieder am 1. d. Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen am 1. d. Monats	Unterstützung haben erhalten								Zahl der Mitglieder im Monat
			vom letzten Monat	Zugang in diesem Monat	Gesamtzahl	am 1. d. Monats		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise				
								Mittl.	Tage	Mk.	Pf.	Mittl.	Tage	Mk.	Pf.	
Danzig	31	2656	24	75	99	57	1	25	297	481	24	80	46	41	—	5
Stettin	42	3179	22	109	191	75	9	66	625	1001	92	181	199	174	84	1
Breslau	43	7079	80	195	275	132	3	150	1379	2589	82	189	218	195	95	2
Berlin	87	34865	1784	5881	7115	2448	11	1978	20877	41785	24	521	1080	942	84	4
Dresden	55	12989	123	356	479	110	9	147	1179	2156	95	212	828	284	51	1
Leipzig	58	15818	151	405	556	144	12	184	1879	2825	47	848	546	468	47	2
Erfurt	57	5475	37	48	85	43	5	44	507	702	11	252	328	268	81	4
Magdeburg	34	6172	54	205	259	85	10	135	1338	1772	69	878	557	509	29	2
Hamburg	63	17811	878	2164	3037	1045	39	1088	12195	27500	72	776	1268	1158	98	4
Hannover	43	8895	109	400	509	146	15	177	1020	2661	91	567	878	809	16	8
Münster	55	8533	109	226	335	97	35	130	1115	1889	81	738	1140	1052	70	3
Düsseldorf	59	9766	202	346	548	236	23	246	2635	4518	66	618	1005	887	94	4
Frankfurt	40	10580	115	111	226	89	7	127	1094	1610	47	238	493	448	—	1
München	38	6105	99	450	549	146	9	124	1071	2018	10	346	647	587	78	3
Stuttgart	84	9488	86	98	194	56	8	40	833	594	55	449	768	711	49	7
Hauptklasse	—	591	—	1	1	—	—	—	—	—	—	8	18	15	80	—
Oktober 1910	780	159427	8768	10830	14398	4904	196	4662	47492	98582	70	5755	9444	8520	60	46
September	801	156893	3141	8930	12071	3839	180	3516	29930	58534	62	6043	10022	8509	81	34
August	803	155591	4262	9928	14100	3158	247	3524	29444	53957	82	8840	14820	13587	84	32
Juli	786	152995	4925	8028	12953	4292	206	5224	46232	90687	64	9001	14874	13488	17	46
Juni	802	152723	3080	8442	12372	4400	338	4303	40936	77037	56	8300	18467	12378	28	27
Mai	786	151072	3494	7645	11139	3970	291	3006	35718	68505	89	6938	11539	10379	70	42
April	781	150401	3485	7732	11167	3518	191	3343	32928	59725	39	5240	8751	8018	23	44
März	808	149806	4027	7049	11076	3478	217	3324	30904	53747	87	4505	7260	6316	13	19
Februar	794	149498	5981	6278	11659	4044	219	4227	44519	73055	55	4478	6038	5098	64	33
Januar	801	149669	7071	7078	15047	5433	251	6573	70729	118023	19	5120	7859	6970	84	22
Dezember 1909	805	149004	3894	8570	12464	7110	219	4105	45016	61671	45	3077	5087	5124	28	23
November	788	148125	3266	7173	10439	3888	163	2847	27596	38418	56	3861	6708	6221	65	32
Oktober	789	147428	2695	7475	10170	3260	106	2858	26277	36138	45	5019	8893	8314	78	31

Die Zahlstellen, welche nicht berichteten, sind: Jostrow, Jüterburg, Lauenburg, Marienwerder, Memel, — Posen, — Gnesen, Rhinl., — Crossen, Eberswalde, Lübbenau, Wittstock, — Großröhrsdorf, — Vorna, Merschwitz, — Schla, Schweina, Stadtkrenzfeld, Zella-Mehlis, — Blankenburg a. S., Wernigerode, — Wredstedt, Gattorf, Tanderu, Ahl a. Böh., — Detmold, Lehrte, Deynhansen, — Herdingen, Reibert, Witten, — Eberbach, Michelstadt, Oberstein, Zweibrücken, — Selb, — Bruchmühl, Günzburg, Kirchseeon, — Geislingen, Solzgerlingen, Markkirch, Neustadt i. S., Spiegelberg, Waiblingen, Zell-Schoyheim.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Monat	Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats				Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose
	1906	1907	1908	1909	
Januar	2892	3256	4370	8463	2,58
Februar	1917	2313	4100	7033	2,47
März	1559	2121	3688	6529	2,37
April	1765	2170	3452	6764	2,38
Mai	1284	2127	2794	6136	2,45
Juni	1237	1916	2330	6130	2,32
Juli	1134	1612	2050	5374	2,29
August	801	1227	1751	4355	2,27
September	1060	1633	2575	4747	2,25
Oktober	1094	2389	3823	5484	2,21
November	1914	2317	4565	7018	2,15
Dezember	3200	4649	8256	12651	2,07

